Opportunismus und Spaltertätigkeit haben keine Chance

Seite 9/10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 3 vom 17. Januar 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Ehre seinem Andenken

Am 8. Januar starb im Alter von 78 Jahren Genosse Tschou En-lai, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei China. Der Tod des Genossen Tschou En-lai hat nicht nur in der Volksrepublik China, sondern in der ganzen Welt tiefe Trauer hervorgerufen, denn Genosse Tschou En-lai wurde als selbstloser, großartiger Kämpfer gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus von allen Kommunisten, der internationalen Arbeiterklasse und allen freiheitsliebenden Menschen geliebt und geachtet.

Im Nachruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China und des Ministerrats der Volksrepublik China zum Tod des Genossen Tschou En-lai heißt es:

,,Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses und der Staatsrat der Volksrepublik China geben in tiefer Trauer bekannt:

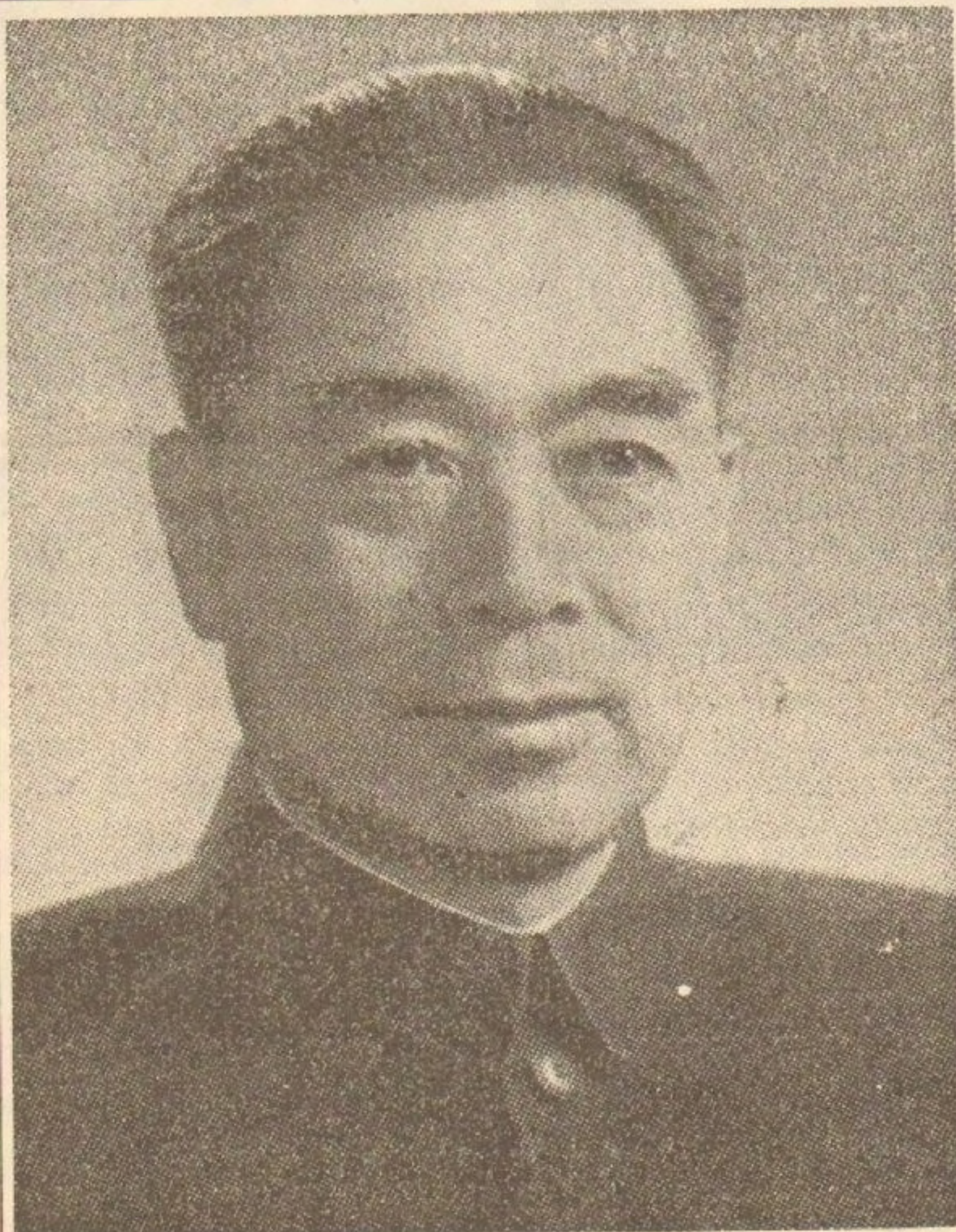
Genosse Tschou En-lai, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees, Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik China und Vorsitzender des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, ist am 8. Januar 1976 um 9.57 Uhr im Alter von 78 Jahren in Peking an Krebs gestorben.

Genosse Tschou En-lai war ein hervorragendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, ein großer proletarischer Revolutionär des chinesischen Volkes, ein treuer revolutionärer Kämpfer des chinesischen Volkes und ein hervorragender bewährter Führer der Partei und des Staates.

Seit seiner Erkrankung im Jahr 1972 war Genosse Tschou En-lai unter ständiger und herzlicher Anteilnahme unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei intensiv und umfassend von medizinischem Personal behandelt worden. Er ließ die ganze Zeit nicht von der Arbeit ab und kämpfte hartnäckig gegen die Krankheit. Aufgrund der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes trotz aller Behandlung, schied Genosse Tschou En-lai, der große Kämpfer des chinesischen Volkes, schließlich von uns. Sein Tod ist ein sehr großer Verlust für unsere Partei, unsere Armee und das Volk unseres Landes, für die Sache der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China, für die internationale Sache des Widerstandes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus sowie für die Sache der internationalen kommunistischen Bewegung.

Treu gegenüber Partei und Volk kämpfte Genosse Tschou En-lai heldenhaft und mit völliger Hingabe für die Verwirklichung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und für den Sieg der Sache der Befreiung des

Fortsetzung auf Seite 2



Genosse Tschou En-lai

Kommunique

Im Januar 1976 trafen sich Delegationen des ZK der KP Polens unter der Leitung des Genossen Kasimierz Mijal und des ZK der KPD/ML unter der Leitung des Genossen Ernst Aust zu einem in brüderlicher Atmosphäre und tiefer Verbundenheit geführtem Meinungsaustausch. Es wurden wichtige Fragen der sozialistischen Revolution in beiden Ländern besprochen. Beide Parteien versicherten sich ihre gegenseitige Unterstützung in ihrem Kampf gegen die reaktionären Bourgenseitige Unterstützung in ihrem Kampf gegen die reaktionären Bourgeoisien ihrer Länder für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, gegen das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte. Polen und die DDR werden vom russischen Sozialimperialismus besetzt gehalten, Westdeutschland vom US-Imperialismus. Beide Parteien beschlossen, die Beratungen fortzusetzen, ihre Beziehungen und ihre Zusammenarbeit in der Zukunft weiter zu festigen und zu vertiefen.

Explosion bei Blohm und Voss

Über 20 Kollegen getötet

Die Explosion des Dampfturbinenkessels im Containerschiff ,,Anders Maersk" am Ausrüstungskai von Blohm und Voss in Hamburg hat inzwischen 23 Todesopfer gefordert. Zahlreiche weitere Kollegen schweben noch immer in Lebensgefahr. Es war das schwerste Unglück auf einer westdeutschen Werft seit dem Ende des Krieges. Und eines der grauenvollsten.

Die Explosion zerfetzte den Stahlkessel, wirbelte Stahlplatten durch das Schiff und zerriß alle seine inneren Wände. In Minutenschnelle schoß der 500 Grad heiße Wasserdampf, der unter dem gewaltigen Druck von 65 Atmosphären Überdruck stand (zum Vergleich: ein Autoreifen steht unter einem Druck von ca. 1,5 bis 2 atü) durch alle Räume des 194 langen Schiffes. Zwölf Kollegen waren sofort tot, verbrüht. Die anderen erlitten schwerste Verbrennungen. Augenzeugen berichten, daß in den Minuten nach der Explosion die Schreie der Verletzten jedes andere Geräusch übertönten. Ein 45jähriger Schiffbauer sagte, als er seine toten Kollegen sah: ,,So eine Katastrophe habe ich noch nie erlebt." Ein anderer: ,,Es war wie im Krieg. Wir wußten sofort: Da ist etwas Schreckliches passiert." Ein dritter: ,,Es war furchtbar. Ich werde diesen Anblick nie vergessen."

Wie konnte es zu einem Unglück kommen? Wer ist schuld daran? Noch am selben Abend erklärte der Leiter des Konstruktionsbüros von Blohm und Voss W. Brockmann zynisch im Fernsehen, Kessel hätten nun einmal

Fortsetzung auf Seite 12

Sturmflut in Norddeutschland

Die Katastrophe war vorauszusehen

Meter um Meter stieg die Flut über Normal. Vom Orkan aufgepeitschte hohe Wellen brandeten schäumend an den Deichen. Doch erst als bereits die Deichkronen erreicht sind, die Elbinsel Krautsand schon ,,Land unter" meldet, kommt in Hamburg die Warnung: Sturmflutalarm für die Elbgebiete! Zu spät: Unvorbereitet werden Tausende Menschen im Gebiet Haseldorfer Marsch und im Landkreis Kehdingen von der hereinbrechenden Flut überrascht: Die alten Deiche, die schon bei der Sturmflutkatastrophe 1962 überspült worden waren, sind von den Wassermassen an vielen Stellen durchbrochen. 250 Quadratkilometer werden von der Flutwelle überschwemmt. Die Bewohner können nur die allernotwendigste Habe, Papiere und etwas warme Kleidung in Taschen packen, um vor dem Wasser zu fliehen.

Mußte es zu dieser erneuten Katastrophe kommen, nachdem erst vor 13 Jahren, 1962, eine Sturmflut, die ein Fünftel des Hamburger Stadtgebietes überschwemmte und über 300 Menschen das Leben kostete, gezeigt hatte, daß vom Staatsapparat kaum Maßnahmen gegen große Sturmfluten getroffen worden waren? Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, weist zum Beispiel jede Verantwortung von sich: ,,Es gibt keine absolute Garantie gegen die Gewalt des Meeres." Gewiß, man kann Sturmfluten nicht einfach abschaffen. Die Frage aber, der Stoltenberg wie auch die Staatsvertreter in Hamburg und Niedersachsen aus Furcht vor der Empörung der Bevölkerung aus dem Weg gehen, ist: Welche Maßnahmen

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Beileidsadresse des ZK der KPD/ML 2
Beileidstelegramm der Führer der Partei und der Regierung der VR Albanien 2
Strafrechtsänderungsgesetz 3
DDR / Kriegsproduktion hat Vorrang 3
Vertrauensleutewahlen 4
Frauen im Betrieb / Menschen 2. Klasse 5
Grußadresse der revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei 7
Antikriegstagsprozeß / Verteidiger ausgeschlossen 7
Spendenübersicht 1975 8
Radio Tirana interviewt Ernst Aust 8
Nordirland 11
Siedlerkampf in Chile 11
Palästina / 11 Jahre bewaffneter Kampf . 11

Beileidsadresse des ZK der KPD/ML zum Tod des Genossen Tschou En-lai

Genossen Mao Tsetung,
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas
Genossen Tschu Teh,
Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses
Staatsrat der Volksrepublik China

Zum Tod des Genossen Tschou En-lai sprechen wir der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Staatsführung und dem gesamten chinesischen Volk unser tiefempfundenes Beileid aus.

Genosse Tschou En-lai war ein hervorragender Marxist-Leninist, den die Kommunisten, das internationale Proletariat, alle fortschrittlichen Menschen und die Völker der ganzen Welt lieben und achten. Genosse Tschou En-lai wird im Kampf des chinesischen Volkes für den sozialistischen Aufbau und die Weiterführung der sozialistischen Revolution, im Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker für ihre Befreiung weiterleben. Der Sache der Revolution war sein ganzes Leben geweiht bis in die letzten Tage seiner schweren Krankheit hinein. Er hat sich im Dienste der Revolution und des Kommunismus unsterbliche Verdienste erworben und wird für immer ein Vorbild im Kampf für die Verwirklichung der ruhmreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung bleiben.

Das Leben des Genossen Tschou En-lai ist untrennbar mit dem Schicksal und dem Kampf des chinesischen Volkes gegen seine Unterdrücker, mit dem Aufbau des neuen, sozialistischen China und der sozialistischen Weltrevolution verbunden. Als großer proletarischer Internationalist des chinesischen Volkes ist das Wirken des Genossen Tschou En-lai gleichzeitig eng verknüpft mit der für das internationale Proletariat und die Völker glänzenden Entwicklung in der Welt.

Genosse Tschou En-lai trat bereits während seiner Studienzeit in Europa für die Sache der Revolution ein. Als Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas vollbrachte er nach seiner Rückkehr nach China für den Aufbau und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung großartige Dienste.

In den vier revolutionären Kriegen, die zum Sieg des chinesischen Volkes über seine Unterdrücker und zur Gründung der Volksrepublik China führten, kämpfte Genosse Tschou En-lai selbstlos im Dienste des chinesischen Volkes. Er hielt in den Kämpfen gegen die rechts- und „links"-opportunistischen Ansichten an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung fest und erfüllte seine Aufgaben in der Führung der Partei und der Roten Armee auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.

Nachdem der Sieg in der neudemokratischen Revolution errungen war, widmete Genosse Tschou En-lai sein Leben der Schaffung des neuen sozialistischen China. Er erfüllte jetzt seine neuen Aufgaben in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und in der Führung des chinesischen Staates gemäß dem marxistisch-leninistischen Prinzip, daß auch nach dem Sieg der Revolution zwei Klassen, zwei Wege und zwei Linien existieren, der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats also weitergeführt werden muß. Dabei führte Genosse Tschou En-lai einen entschlossenen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus, der die ehemals sozialistische Sowjetunion in eine aggressive imperialistische Supermacht und eine faschistische Diktatur verwandelte und auch in China versuchte, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren.

Die Große Proletarische Kulturrevolution, die von Vorsitzenden Mao Tsetung persönlich angeleitet wurde, war eine politische Revolution, die das Proletariat gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen durchführte. Genosse Tschou En-lai kämpfte in dieser großen Revolution an der Seite des Genossen Mao Tsetung und gemäß seiner Feststellung: „Diese Große Proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen." Die Große Proletarische Kulturrevolution hat die zwei bürgerlichen Hauptquartiere um Liu Schao-tschi und Lin Biao zerschlagen und die Diktatur des Proletariats gefestigt und großartige Erfolge beim sozialistischen Aufbau ermöglicht. Das gesamte chinesische Volk aller Nationalitäten hat sich in diesem Kampf noch enger zusammengeschlossen.

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, und die 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China sowie die neue Verfassung der Volksrepublik China, an denen Genosse Tschou En-lai in führenden Partei- und Staatspositionen mitwirkte, sind glänzende Beweise der Siege, die das chinesische Volk bei der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau erringt.

Als stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der KP Chinas und als Ministerpräsident der Volksrepublik China hatte Genosse Tschou En-lai hervorragenden Anteil an der großartigen proletarischen internationalistischen Hilfe und Unterstützung, die die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik China den kommunistischen Parteien in der ganzen Welt, der Arbeiterklasse und den Völkern gewährten. Das deutsche Volk, in dessen Land Genosse Tschou En-lai einige Zeit seines Studiums verbrachte, wird insbesondere nie vergessen, daß es in Genossen Tschou En-lai einen treuen Freund besaß, der seine nationalen und politischen Interessen unterstützte. Genosse Tschou En-lai erwarb sich große Verdienste bei der Schmiedung der internationalen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte durch die Volksrepublik China. Er warnte die Völker unermüdlich vor diesen aggressiven Mächten, deren Rivalität im Kampf um die Hegemonie auf der Welt die Quelle eines neuen Weltkrieges bildet, wobei er gleichzeitig der Ansicht war, daß nicht nur die Faktoren des Krieges, sondern auch die Faktoren der Revolution anwachsen.

Liebe Genossen, der Tod des Genossen Tschou En-lai ist ein schmerzlicher Verlust für die Kommunistische Partei Chinas, für den chinesischen Staat und das chinesische Volk. Denn er hat dem chinesischen Volk durch seine Treue zum Marxismus-Leninismus, durch seine Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus mit der konkreten Wirklichkeit der chinesischen Revolution zu verbinden und durch seine großartige proletarisch-internationalistische Haltung hervorragende und unvergeßliche Dienste erwiesen. Wir möchten Euch in dieser Situation versichern, daß die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk Euren Schmerz zutiefst verstehen. Auch in unseren Reihen hat der Tod des Genossen Tschou En-lai Bestürzung und Trauer hervorgerufen.

Gleichzeitig wissen wir, daß Ihr diese Trauer verbinden werdet mit der revolutionären Entschlossenheit, noch größere Siege zu erringen, bei der Verwirklichung der Ideen des Kommunismus, denen Genosse Tschou En-lai sein Leben geweiht hat.

Wir versichern Euch an dieser Stelle im Namen unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse, daß auch im deutschen Volk der Name und das Leben des Genossen Tschou En-lai lebendig bleiben wird als ein vorbildlicher Kommunist, dessen Beispiel uns auch nach seinem Tod helfen wird, unser Ziel, ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu verwirklichen.

Ehre dem Andenken des Genossen Tschou En-lai!
Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!
Es lebe die Volksrepublik China!

Zentralkomitee der KPD/ML
(Ernst Aust, Vorsitzender)

Beileidstelegramm der Führer der Partei und der Regierung der Volksrepublik Albanien

Die Genossen Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Haxhi Leski, Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien und Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrats der VR Albanien, übersandten Genossen Mao Tsetung, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas folgendes Beileidstelegramm:

Mit tiefem Schmerz erfuhren wir vom Tod des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik China, Genossen Tschou En-lai, einem der hervorragendsten chinesischen Partei- und Staatsführer und einem sehr engen, geliebten und geachteten Freund des albanischen Volkes. Mit dem Tod des Genossen Tschou En-lai verloren die Kommunistische Partei Chinas, die Volksrepublik China und das gesamte chinesische Volk einen großen Revolutionär und einen der bewährtesten Führer der Partei und des chinesischen Staates, den engsten Kampfgefährten des Vorsitzenden Mao Tsetung, der sein ganzes Leben, seine Energie, sein Wissen und seine Kraft der großen Sache des Triumphes der chinesischen Revolution, dem Aufbau des Sozialismus in China, dem Fortschritt und der allseitigen Stärkung der Volksrepublik China gewidmet hatte.

Genosse Tschou En-lai kämpfte ergeben für die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung für den Aufbau und die Festigung der Kommunistischen Partei Chinas und des chinesischen, sozialistischen Staates. Er leistete zum Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und zur Kritikbewegung an Lin Biao und Konfuzius sowie zum Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus einen wertvollen und unauslöschlichen Beitrag.

Der Tod des Genossen Tschou En-lai hat das albanische Volk tief betroffen. Es hat in ihm einen seiner liebsten und teuersten Freunde verloren, der sich mit ganzem Herzen und unermüdlich für die Festigung der unsere beiden Parteien, Völker und Länder verbindenden großen brüderlichen Freundschaft und die Entwicklung von Beziehungen enger und allseitiger Zusammenarbeit einsetzte. Genosse Tschou En-lai unterstützte unser Volk entschieden in dem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, modernen Revisionismus und andere Reaktionäre. Unser Volk wird niemals das ständige Interesse, seine große Aufmerksamkeit und besondere Fürsorge für den ununterbrochenen Aufbau des sozialistischen Albanien und für den allseitigen Fortschritt unseres Landes vergessen.

Wir sind überzeugt, daß das chinesische Brudervolk diesen großen Verlust in eine neue Kraft verwandelt, um stets die Sache voranzutreiben, für die Genosse Tschou En-lai bis zu seinem letzten Atemzug unermüdlich kämpfte und arbeitete. Das revolutionäre Werk des Genossen Tschou En-lai wird das von der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas mit dem großen Marxisten-Leninisten, Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze geführte große chinesische Volk stets anspornen, um in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus, bei der Zerschlagung der Kriegspläne des Imperialismus und Revisionismus, im Kampf für den Triumph des Marxismus-Leninismus und des Kommunismus in der Welt immer glänzende und großartige Siege zu erringen. Die Gestalt des Genossen Tschou En-lai als aufrechter Revolutionär, konsequenter Marxist-Leninist wird für die revolutionären fortschrittlichen und freiheitsliebenden Völker der Welt ein großes Beispiel bleiben.

Ehre seinem Andenken

Fortsetzung von Seite 1

chinesischen Volkes und die Sache des Kommunismus, der er selbstlos sein Leben lang alle Kraft widmete. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao leistete Genosse Tschou En-lai einen unauslöschlichen Beitrag und leistete unsterbliche Dienste für den Aufbau und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas, für den Aufbau und die Entwicklung unserer unbezwingbaren Volksarmee, für den Sieg der neudemokratischen Revolution, für die Schaffung des neuen, sozialistischen Chinas, für die Festigung der von der Arbeiterklasse geführten und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhenden Einheit des Volkes aller Nationalitäten und für die Entwicklung der revolutionären Einheitsfront. Er leistete einen unauslöschlichen Beitrag für den Sieg der Sache der Revolution und des sozialistischen Aufbaus, für den Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Kritikbewegung an Lin Biao und Konfuzius und für die Festigung der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China, für die Festigung der Einheit der internationalen revolutionären Kräfte im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus.

Er erwarb sich damit aus ganzem Herzen kommende Liebe, die Achtung und Bewunderung der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Volkes in China. Genosse Tschou En-lai widmete sein gesamtes Leben dem ruhmreichen Kampf für die Sache des Kommunismus und führte die Revolution ohne Schwanken weiter.

Die Nachricht vom Tod des Genossen Tschou En-lai wird in den Herzen unserer Menschen tiefe Trauer hervorrufen. Wir müssen diese Trauer in Kraft verwandeln.

Die gesamte Partei, die gesamte Armee und das Volk im ganzen Land sollte vom proletarischen revolutionären Geist und den edlen revolutionären Eigenschaften des Genossen Tschou En-lai lernen und sich unter der Führung des vom Vorsitzenden Mao geleiteten Zentralkomitee zusammenschließen, am Klassenkampf als wichtigstem Kettenglied festhalten, nicht von der grundlegenden Linie der Partei abweichen, unbeirrt an der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten, den proletarischen Internationalismus wahren, die Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution konsolidieren und entwickeln, den Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats weiterführen, den Revisionismus bekämpfen und verhüten, China zu einem mächtigen, modernen, sozialistischen Staat aufbauen und den Sieg für die Sache des Kommunismus erkämpfen. Ewiger Ruhm dem Genossen Tschou En-lai, dem großen proletarischen Revolutionär des chinesischen Volkes und dem hervorragenden kommunistischen Kämpfer!"


Genosse Tschou En-lai auf dem X. Parteitag der KP Chinas.


Genosse Tschou En-lai mit Genossen Mao Tsetung und Genossen Tschu Teh in Schansi 1936.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML
Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,— DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Weg mit dem Strafrechtsänderungsgesetz!

Das 13. Strafrechtsänderungsgesetz gegen die Befürwortung der gerechten, revolutionären Gewalt des Volkes gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter wird jetzt im Bundestag beraten. Es ist keine Frage, daß die Bundesregierung und die bürgerlichen Parteien die Absicht haben, dieses Gesetz im Eiltempo durch den Bundestag zu jagen, ganz nach dem Vorbild Adenauers, der die berüchtigten „Blitzgesetze“ innerhalb von zwei Tagen durch den Bundestag peitschte.

Die „Blitzgesetze“ Adenauers waren die Vorstufe des Verbots der KPD und nahmen es praktisch vorweg. Das „Blitzgesetz“ von heute soll jeden Aufruf zur Rebellion, zum gerechten und revolutionären Kampf der Werktätigen gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen die wachsende Kriegsgefahr, die hauptsächlich von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion heraufbeschworen wird, knebeln und unterdrücken.

Freie Bahn dagegen für die Verherrlichung der reaktionären Gewalt der Ausbeuterklassen und für die verräterische, gegen die Revolution gerichtete Propaganda der modernen Revisionisten von „Frieden und Entspannung“, Pazifismus und „friedlichem Weg zum Sozialismus“.

Totschweigen bis zuletzt, noch unmittelbar vor der 1. Lesung im Bundestag möglichst keine Zeile in den Zeitungen, kein Wort in Rundfunk und Fernsehen, so hofft die Bourgeoisie, den Widerstand und die Empörung über dieses Gesetz von vornherein möglichst klein zu halten.

Um so mehr gilt es jetzt, den Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz durch die Verbreitung von Informationsmaterial, Teilnahme an Protestveranstaltungen, Kundgebungen usw. usf. noch zu verstärken.

So verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeit des Jugendzentrums Halle / Westf. einstimmig eine Protestresolution gegen das neue Gesetz und der Jugendrat des Jugendzentrums Steinhagen beschloß eine Unterschriftensammlung und den Aushang einer Wandzeitung im Jugendzentrum. Die Teilnehmer des ROTE-GARDE-Treffs, Hamburg-Altona und des Arbeitertreffs Borsig, Westberlin verabschiedeten ebenfalls Protestresolutionen. Siebzig Freunde und Genossen kamen zu einer Veranstaltung, die in Düsseldorf von der Partei gemeinsam mit der GRF (KPD) durchgeführt wurde. Eine Protestresolution verabschiedete auch die Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft e. V., Ortsgruppe Bremen.

Die Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz wird inzwischen u. a. auch von folgenden Verlagen, Buchhandlungen, Kulturschaffenden und anderen Persönlichkeiten unterstützt:

Verlag Achenbach, Lollar; Buchhandlung Arbeiterbuch, Hannover; Buchhandlung Basis, München; Buchlädchen, Bielefeld; Dr. Chr. Buch, Schriftsteller; P. O. Chotjewitz, Schriftsteller; EPOG, München; Verlag Peter Hammer, Wuppertal; Jürgen Kramer, Kunsterzieher; Johanna Moosdorf, Schriftstellerin; Heidrun Noblé, Systemdruck, Westberlin; Oberbaumverlag, Westberlin; Politische Verlagsbuchhandlung „Wilhelm Bracke“, Braunschweig; Rotfront-Verlag, Kiel; Dr. Friedrich Rothe, Westberlin; Reiner Schmitt, Schauspieler; Volker Schlöndorff, Filmregisseur; Thälmann-Buchladen, Kiel; Theodor Weißenborn, Schriftsteller; Verlag Edgar Wüpper, Göttingen; Michael König, Schauspieler; Peter Brombacher, Schauspieler; Prof. Dr. Horst Domdey; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Prof. Jochen Hiltmann; Prof. Ulrich Sonnemann; Chistian Geissler, Schriftsteller; W. Boehlich, Publizist; Prof. Dr. Sigrist; Verlag Palmenpresse, Köln; Verlag Glasherz, Köln; Galerie Niepel, Düsseldorf; Detlev Michel, Schriftsteller; Das Münchener Rationaltheater; Buchhandlung Gerhard Renner, Tailfingen; Bertold Exner, Kunstmaler; Buchhandlung „Neue Uni“, Kiel; Buchhandlung Cordes, Kiel; 17 weitere Persönlichkeiten aus Kiel, Jungdemokraten LV Bayern und andere.

Auch Prof. Dr. Ernst Bloch, Tübingen; die Vizepräsidentin des PEN-Clubs, Dr. Ingeborg Drewitz, die Schriftsteller Günter Wallraff, Theodor Weißenborn und Heiner Kipphardt u. a. unterstützen die Initiative gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz.

Nieder mit diesem Gesetz! Nieder mit der Faschisierung!

Wirtschaft der DDR

Kriegsproduktion hat Vorrang

Ende vergangenen Jahres hat die revisionistische Honecker-Clique in der DDR eine Ergänzung zur „Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe“ herausgegeben. Mit dieser Verordnung bekräftigt die neue Bourgeoisie in der DDR ihre Absicht, die Wirtschaft des Landes noch stärker in den Dienst der Kriegsvorbereitungen der russischen Sozialimperialisten zu stellen und die Unterdrückung und Ausplünderung der Werktätigen der DDR zu intensivieren.

Worum geht es bei dieser Ergänzung? Ihr Inhalt besteht kurz gesagt darin, die Betriebe der DDR zu verpflichten, Aufträge der Streitkräfte unter allen Umständen bevorzugt zu behandeln, d.h. die Produktion auf Kriegswirtschaft auszurichten. Die Kriegsproduktion hat Vorrang und so heißt es auch in der Ergänzung, daß bei „unüberwindlichen Lieferschwierigkeiten“ die Wünsche der Streitkräfte „auch auf Kosten der zivilen Bedarfsdeckung zu erfüllen“ sind. Damit hat das sozialfaschistische Honeckerregime ohne alle Umschweife verkündet, daß seine Parole „Kanonen statt Butter“ lautet. Das ist der Kurs, auf den die russischen Sozialimperialisten ihre Vasallen im vergangenen Jahr noch stärker gezwungen haben. Erst im Oktober des letzten Jahres war fast die gesamte Führungsspitze der Armee der DDR in die Sowjetunion gefahren, um die Weisungen des russischen Kriegsministers Gretschko entgegenzunehmen. Und Gretschko erklärte unmißverständlich, daß er von der Armee der DDR „verstärkte Verteidigungskraft“, d.h. Aufrüstung und „erhöhte Gefechtsbereitschaft“ verlangt. Kurze Zeit darauf verkündeten die russischen Sozialimperialisten auf verschiedenen Treffen der Länder des Warschauer Pakts, es sei an der Zeit, auch die „militärische Integration“ zu verstärken.

„Verstärkte militärische Integration“, das bedeutet nichts anderes, als daß die russischen Sozialimperialisten, die in ihrer Rivalität mit den amerikanischen Imperialisten wie wahnwitzig Kriegsvorbereitungen treffen, die Wirtschaft und die Armeen ihrer Vasallen im Warschauer Pakt noch mehr in den Dienst ihrer imperialistischen Kriegspolitik stellen wollen. Das zeigt auch klar, daß die revisionistischen Friedens- und Entspannungstiraden nur Betrugsparolen sind.

Den Werktätigen der DDR werden neue Lasten auf ihre Schultern gelegt. Die Wirtschaftskrise in der DDR, die das unvermeidliche Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus und der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die neue Bourgeoisie und die Folge der skrupellosen Ausplünderung der Reichtümer der DDR durch die russischen Sozialimperialisten ist, wird sich weiter verschärfen. Schon jetzt, bei der Ankündigung der Kennziffern des neuen Jahresplanes für 1976, mußte die Regierung der DDR zugeben, daß alle Kennziffern des neuen Plans und vor allem diejenigen, die die Versorgung der Werktätigen mit den Gütern des täglichen Bedarfs betreffen, niedriger als im vergangenen Jahr sind. Der „private Konsum muß eingeschränkt werden“, heißt es jetzt. Bezeichnend ist aber, daß gleichzeitig die Kennziffern für den Export in die Sowjetunion steigen und ebenso die Kennziffern für die Maschinenbauindustrie, die den Hauptanteil dieses Exports ausmacht. Um eine Milliarde Mark werden auch die — offiziellen — Mittel für die Rüstung, die schon jetzt nach offiziellen Angaben der Regierung der DDR 5,4% des Bruttosozialprodukts betragen und damit die prozentual höchsten nach denen der russischen Sozialimperialisten selbst sind. Wenn man bedenkt, daß die Werktätigen der DDR außerdem noch 325000 russische Besatzer aushalten müssen und es sich die russischen Sozialimperialisten selbstverständlich nicht nehmen lassen, auch noch Millionen daran zu verdienen, daß sie der DDR ihre alten Waffensysteme verkaufen, daß die russischen Sozialimperialisten den Bau von Eisenbahnlinien und Straßen verlangen — dann ist klar, daß in der Wirklichkeit von der revisionistischen Propaganda über den wachsenden Wohlstand der Werktätigen der DDR nichts zu sehen sein wird. Im Gegenteil. Die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen, die neue Bourgeoisie der DDR, verschärfen die Ausplünderung und Ausbeutung der Werktätigen.

Nicht anders als die imperialistische Bundeswehr hier bei uns, ist auch die Armee der DDR, nach den russischen Besatzern, das wichtigste Instrument der neuen Bourgeoisie für die Niederhaltung des Volkes. Nirgends zeigt sich das klarer als an der Mauer in Berlin und an den Minengürteln und Todesstreifen der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Die Gewehre der angeblichen Volksarmee sind auf das Volk selbst gerichtet, auf ihr Konto gehen Dutzende von Morden.

Verstärkte Aufrüstung und Kriegsvorbereitung auf der einen Seite, verschärfte Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes, das ist das von der revisionistischen Propaganda gepriesene angebliche „Paradies der Werktätigen“ in Wirklichkeit — ein Militärzuchthaus für die Arbeiter.

Aus aller Welt

SPANIEN

Anfang der letzten Woche begann in Madrid ein großer Streik der Arbeiter und Angestellten der U-Bahn, um ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 50% und der Vierzigstundenwoche durchzusetzen. Die fast viertausend Werktätigen der U-Bahnbetriebe traten geschlossen in den Streik. Um den Streik zu unterdrücken, setzte das spanische faschistische Regime Carlos' sofort Polizeitruppen ein. Ziel der Polizeieinsätze mit Gummiknüppeln und Tränengas waren die Streikversammlungen in einer Vorortkirche von Madrid, wo sich jeden Tag über 2000 Arbeiter versammelten, um über die Fortführung des Streiks zu beraten. Weder die Polizeieinsätze noch der Versuch des Regimes, durch den Einsatz von Soldaten den U-Bahnbetrieb wenigstens zum Teil aufrechtzuerhalten, konnten den Mut und die Kampfentschlossenheit der Arbeiter brechen. Auch der Versuch der Regierung, die Bevölkerung gegen die Streikenden aufzuhetzen, schlug völlig fehl. Im Gegenteil. In den Betrieben der Maschinenbau- und Elektroindustrie von Madrid traten 14000 Arbeiter in einen Solidaritätsstreik. In dem Madrider Vorort Vallecas demonstrierten 500 Menschen, um ihre Solidarität mit dem Streik der U-Bahnarbeiter zu bekunden. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor. Ebenfalls in den Streik getreten sind die 16000 Arbeiter des spanischen Zweigbetriebes des berüchtigten ITT-Konzerns und die 600 Arbeiter eines Stahlwerks in Madrid. Auch die Bauarbeiter setzen ihren Streik fort und lassen sich auch durch die Polizei, die mit Gewalt gegen Streikposten vorgeht, nicht einschüchtern. In der Gegend von Barcelona sind die Landarbeiter in einen großen Streik getreten. Als die Polizei mit Gewalt versuchte, den Streik zu unterdrücken, antworteten die Landarbeiter ebenfalls mit Gewalt und verletzten mindestens drei Polizisten. Diese neue Streikbewegung der spanischen Werktätigen hat das faschistische Regime in eine schwere Krise gestürzt. Umso schändlicher ist die verräterische Aktivität der modernen Revisionisten. So erklärte der Führer der revisionistischen „comisiones obreras“, Camacho, wenn das Regime bereit sei, die „comisiones obreras“ zu legalisieren, seien sie ihrerseits bereit, „die Opfer anzunehmen“, die die schwierige wirtschaftliche Situation erfordere. Mit einer solchen Aufforderung an die Arbeiter zur Zusammenarbeit mit dem Regime, einem Aufruf, den Gürtel enger zu schnallen, um dem Regime aus der Krise zu verhelfen und im Tausch dafür einige scheinbare Freiheiten einzuhandeln, fallen die revisionistischen Führer der „comisiones obreras“ dem Kampf der spanischen Werktätigen in den Rücken. Die Kommunistische Partei Spaniens/ML, die von ihr geführte FRAP und die revolutionäre Gewerkschaft OSO dagegen stehen fest an der Seite der spanischen Werktätigen und unterstützen ihren Kampf. Sie erklären gleichzeitig, daß die Freiheit für Spanien und das Ende der Not und des Elends des Volkes nur durch die Revolution — den Sturz des faschistischen Regimes und die Vertreibung seines Oberherren, des US-Imperialismus — erreicht werden können.

JAPAN

In der Stadt Kagoshima, Provinz Kyushu, haben junge Arbeiter und Studenten die sofortige, bedingungslose Rückgabe der nördlichen japanischen Territorien, die von den russischen Sozialimperialisten besetzt gehalten werden, gefordert. In einer Versammlung erklärte der Vorsitzende des Komitees für die Freundschaft zwischen den Völkern Afrikas und Asiens, daß die Sowjetunion ihre militärischen Einrichtungen auf den vier nördlichen Inseln ausdehnt und ihre pazifische Flotte verstärkt. Die vier nördlichen Inseln haben die russischen Sozialimperialisten in eine Flotten- und Luftwaffenbasis für ihren Kampf mit den amerikanischen Imperialisten verwandelt. Im Anschluß an diese Versammlung hielten die Teilnehmer ein Forum ab, auf dem sie ihre Entschlossenheit bekräftigten, den Kampf gegen den sowjetischen Hegemonismus, für die Rückgabe der vier nördlichen Inseln gemeinsam mit dem ganzen Volk bis zum endgültigen Sieg weiterzuführen.

CHILE

Trotz der Drohungen der faschistischen Unterdrücker und der Kapitalisten haben mehr als 200 Arbeiter der Fabrik Implantex eine Versammlung abgehalten, auf der sie forderten, daß die Lohnerhöhungen, die ihnen seit langem zustehen, ausgezahlt werden. Sie beschlossen außerdem Kampfmaßnahmen gegen die Kurzarbeit.

ITALIEN

Berichten aus Washington zufolge hat der amerikanische Geheimdienst CIA seit Anfang Dezember 1975 mindestens 6 Millionen Dollar an einzelne Politiker der bürgerlichen Parteien gezahlt, um sie durch Bestechung zu willfährigen Instrumenten der Politik der amerikanischen Imperialisten zu machen. Ähnliche Bestechungsgelder wurden auch von den Öltrusts wie z. B. Rockefellers Esso und Mobil Oil gezahlt. In diesem Zusammenhang wurde in der italienischen bürgerlichen Presse ganz offen zugegeben, daß die Zahlung solcher Bestechungsgelder nichts Neues sei, sondern daß vor allem die christlichen Demokraten und die Sozialistische Partei seit dem Ende des 2. Weltkrieges regelmäßig Geld vom CIA erhalten haben. Die Zahlung von Bestechungsgeldern durch den CIA ist Bestandteil der amerikanischen imperialistischen Politik, Italien unter Kontrolle der USA zu halten, und gleichzeitig Ausdruck der verschärften Rivalität der USA-Imperialisten mit den russischen Sozialimperialisten, die ihrerseits alles daran setzen, in Italien einzudringen und aus diesem Grund die italienische revisionistische Partei mit Rubeln überschütten.

OMAN

Die omanischen Patrioten haben ihren Kampf gegen die Kräfte des Sultan Quabus weiter intensiviert. In den östlichen Gebieten des Landes ist es vor kurzem zu heftigen Kämpfen gekommen, an denen sich auch direkt britische Soldaten und Offiziere und andere dem Sultan dienende Söldner beteiligten. Wie es in einer von der Volksfront für die Befreiung des Oman veröffentlichten Erklärung heißt, wurde im Gebiet Dhofar ein Hubschrauber der britischen Truppen von der Artillerie der Befreiungsstreitkräfte abgeschossen. Alle Insassen, Offiziere und Soldaten, kamen dabei um.

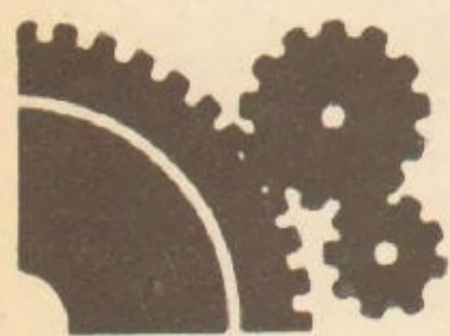
OSTTIMOR

„Das Volk von Osttimor wird bis zum Schluß für seine Rechte kämpfen“, erklärte vor kurzem der Oberkommandierende der Nationalen Befreiungsarmee der Demokratischen Republik von Osttimor, R. Lobato, in einem Interview. Er erklärte, daß das Volk von Osttimor bereits zwei wichtige Waffen besitzt, die seinen Kampf unter der Führung der Fretilin schließlich zum Sieg führen werden. Das sei zum einen die Entschlossenheit, den Kampf bis zu Ende zu führen, zum anderen die Unterstützung, die der Kampf des Volkes von Osttimor bei den Völkern in der ganzen Welt besitzt. Aus Osttimor selbst wird gemeldet, daß die Befreiungskämpfer den indonesischen Aggressionstruppen weiter Verluste zufügen.

ANGOLA

In Angola intensivieren die beiden Supermächte, die russischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten ihre Einmischung und Aggression. Jede von ihnen setzt dabei beträchtliche Gelder, Ausrüstungen und Söldner ein. Dabei bemühen sich vor allem die russischen Sozialimperialisten, ihre imperialistische Aggression als „proletarischen Internationalismus“ und „Unterstützung des gerechten Kampfes des angolanischen Volkes auszugeben“, während sie die VR China, die für die sofortige Beendigung jeder ausländischen Aggression und Einmischung eintritt, beschuldigen, auf der Seite der amerikanischen Imperialisten und der südafrikanischen Rassisten zu stehen. Den Gipfel in dieser Art der Lügenpropaganda schoß allerdings jetzt das Zentralorgan der modernen Revisionisten der D„K“P ab, als es behauptete, die Nachrichtenagentur Hsinhua hätte die südafrikanische Aggression als „Zwangsdemarche gerechtfertigt“. In dem erwähnten Kommentar heißt es in Wirklichkeit: „Um die letzte Bastion reaktionärer Herrschaft im südlichen Afrika aufrechtzuerhalten, hat das südafrikanische rassistische Regime nur auf eine Gelegenheit zur Aggression, Expansion und Sabotage gewartet. Die Entsendung südafrikanischer Truppen nach Angola und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes müssen entschlossen verurteilt werden. Aber jeder kann auch klar die Tatsache sehen, daß Südafrika sich erst eingemischt hat, nachdem die Sowjets damit begonnen haben, die angolanischen Befreiungsbewegungen zu spalten und den Bürgerkrieg anzuzetteln. Es ist niemand anders als der sowjetische Sozialimperialismus, der durch seine abscheuliche Intervention in Angola den südafrikanischen Behörden die Gelegenheit verschafft hat, in Angola im Trüben zu fischen. So erweisen sich die sowjetischen Sozialimperialisten, die viel Geschrei um die südafrikanische Invasion machen, als die Erzverbrecher, die die Intervention des südafrikanischen rassistischen Regimes in Angola überhaupt erst ermöglicht haben.“

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Tödlicher Unfall im Hafen

Gestern wurde unser Kollege Schorse Bode das Opfer eines grausamen Betriebsunfalles. Beim Löschen von Stammholz auf Bundesbahnwaggons verklemmte sich die Schere beim letzten Block in der obersten Lage. Beim Herausziehen der Schere rutsche der Block aus dem Schlag und fiel vom Waggon. Schorse stand zwischen den Geleisen unten am Waggon, er kam nicht mehr weg, der Block mit 5800 kg erwischte ihn und begrub Schorse unter sich.

Die Betriebsleitung ließ sofort den Rettungshubschrauber kommen, um ihn noch lebend vom Platz zu kriegen, damit es nachher heißt: auf dem Weg ins Krankenhaus verstorben, wegen der Rente.

Schorse starb zehn Minuten später noch auf dem Platz. Er war 49 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder.

Die Betriebsleitung wollte am liebsten gleich weiterarbeiten, das war deren einzige Sorge. Der Kranfahrer und die Kollegen, die den Unfall beobachtet hatten, weigerten sich. Alle Kräne standen still, bis Schichtende und auch die Werkstattkollegen arbeiteten nicht mehr weiter.

Bei der Aufnahme des Unfalls hörte man dann Worte wie, „er hatte ja selbst Schuld" oder „der Kranfahrer hat gepennt".

Was sind die wirklichen Gründe für den Unfall?

Über Weihnachten haben die Häf^n verschiedene Schiffe angenommen, die für Rotterdam bestimmt waren. Die Rotterdamer Hafenarbeiter weigerten sich aber, über Weihnachten zu arbeiten. Am 24.12. versuchte man Leute für die Feiertagsarbeit zu finden, freiwillig meldeten sich nur zwei Kollegen — also konnte man nicht mal einen Kran besetzen. Nur mit massivem Druck und dem Hinweis, daß 1975 ja schon 17 Mann entlassen wurden, gelang es der Betriebsleitung, Kollegen zu finden. Aber trotzdem waren es noch nicht genug. So wurde bestimmt, daß auch Kollegen aus der Werkstatt draußen am Dampfer arbeiten müssen.

Schorse arbeitete sonst auch in der Werkstatt, die Arbeit war für ihn ungewohnt und neu.

Der Dampfer „AKRU" mußte um jeden Preis am Montag I. Schicht fertig werden. Hektik und Antreiberei und dann noch mit Kollegen, die sonst andere Arbeit machen, das ist die wirkliche Ursache für den Unfall:

Die hemmungslose Profitgier der Hafenkapitalisten

Sie gehen über Leichen, und wenn einer draufgeht, dann rufen sie eben beim HBV an oder beim Arbeitsamt.

Ein Hafenarbeiter ist ganze 40 DM wert, soviel kostet die Todesanzeige in der Zeitung.

Es ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte Kollege sein, der hier nicht mehr lebend vom Platz kommt. Grund dafür ist die Antreiberei und Hektik. Es liegt doch an uns, ob wir uns weiter so antreiben lassen wie bisher oder ob wir dem ein Ende bereiten.

Endgültig Schluß wird erst damit sein, wenn wir diese Blutsauger verjagen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland errichten.

Rot Front! Ein Kollege von Röchling

An der Werkbank stand: *F. R. A. P.*

Ich war bis vor kurzem arbeitslos. Als ich wieder zum Arbeitsamt mußte, erhielt ich eine Karte für eine größere Metallfirma im Landkreis Mannheim. In der Firma zeigte man mir den Arbeitsplatz, den ich möglicherweise bekommen sollte. Als wir den Arbeitsplatz besichtigt hatten und wieder zurückgingen, glaubte ich meinen Augen nicht zu trauen. Auf der Hinterseite einer Werkbank, für alle zu sehen, war eine Karte von Spanien gemalt, ca. 1 mal 1,5m groß, auf der in ca. 20 cm großen Buchstaben ETA und FRAP stand. An der Werkbank daneben stand ebensogroß LIBRE innerhalb eines großen Steuerrades.

Aus der Arbeitsstelle wurde dann doch nichts, da sie ein anderer bekam. Wie ich aber von der FRAP in Mannheim erfuhr, hat sie zu Kollegen dieser Firma keine Kontakte. Dies wird sich bald ändern, da wir mit Literatur von der FRAP und Zeitungen vor dem Werkstor auftauchen werden, um Kontakte zu den Kollegen herzustellen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Mannheim

Steigende Arbeitshetze bei der Post

Zur Jahreswende ließ sich auch die Post eine Neuerung einfallen: die Postanschriften sollen in anderer Reihenfolge als bisher geschrieben werden.

Warum diese Umstellung? Nun, ganz einfach: die neue Schreibweise macht eine automatische Bearbeitung beim Sortieren der Briefe möglich. Das heißt „Menschen raus — Maschinen rein." Denn wie auch die Bundesbahn will die Bundespost Kosten sparen, und auf die Dauer sind Maschinen eben billigere „Arbeitskräfte" als Menschen.

Diese Umstellungsmaßnahme richtet sich aber nicht nur gegen die Verteiler (die in den Postämtern die Briefe sortieren), sondern auch gegen die Zusteller (Briefträger). Wohnt z.B. der Empfänger in einem Hochhaus, so soll auch die Nummer der Wohnung angegeben werden, damit der Briefträger den jeweiligen Briefkasten schneller findet. Ist die Bundespost plötzlich so um das Wohl ihrer Zusteller bemüht, daß sie ihnen das zeitraubende Suchen ersparen will? Nein, im Gegenteil! Was für den Briefträger hier an Arbeit wegfällt, das wird ihm gleich doppelt und dreifach wieder aufgebrummt. Er bekommt dann nämlich ein paar Häuser oder gar eine Straße mehr zugewiesen!

So verschlimmern sich die Zustände bei der Post schon sei Jahren. Ältere Kollegen wird nahegelegt, sich vorzeitig pensionieren zu lassen; ihre Touren werden aufgeteilt, so daß nach und nach jeder ein, zwei Straßen mehr zu laufen hat. (Diese Absicht steckt auch hinter der neuen Fernsehgebühreneinziehung, für die die Post durch aufwendige Werbung [„GEZ"] Milliarden Steuergelder zum Fenster rausschmeißt, aber was schert das die Bundespost!

Als ich früher selbst bei der Post gearbeitet habe, sagte mir mal ein Kollege: „Früher, als wir 48 Stunden die Woche gearbeitet haben, war ich nicht so kaputt wie heute in 42 Stunden, denn heute müssen wir in weniger Zeit mehr arbeiten." Ein anderer: „Die ruhigen Zeiten sind vorbei, die kommen auch nicht wieder. Mal zwischendurch 'ne Pause machen? Das liegt doch nicht mehr drin!"

Obwohl die Arbeit immer mehr wird, hat die Post schon seit ungefähr drei Jahren Einstellungsstopp und sogar, wie ich mal von einem Berufsberater im Arbeitsamt hörte, „im Bundesgebiet 3000 Arbeitskräfte **zu viel**"! Wird mal ein Zusteller krank, müssen seine Kollegen seine Tour mit übernehmen; denn es sind auch viel zu wenig Springer da.

Aber, so seltsam es klingen mag, die schlechten Arbeitsbedingungen bei der Bundespost haben auch was für sich; denn so werden den Kollegen die Augen geöffnet über das verrottete kapitalistische System. Soll die Post doch weiter rationalisieren, sie schaufelt sich damit nur ihr eigenes Grab! Wie meinte mal ein Kollege? „Die, die sich diese Antreiberei ausdenken, die gehören eines Tages aufgehängt!" Man sieht, die Schikanen der Bundespost werden sich eines schönen Tages als Bumerang erweisen!

Rot Front! Ein Genosse aus Wolfsburg

Entlassungen: Heute er - morgen Du

Am 1. September wurde Kollege U. entlassen. Wir greifen sein Schicksal stellvertretend für die eine Million arbeitsloser Kollegen in der deutschen Bundesrepublik, um damit ein Grundübel des Kapitalismus anzuklagen: die ARBEITSLOSIGKEIT!

Kollege U. hat seine Lehre bei der ELMEG gemacht, arbeitete dann einige Zeit in M 3 und wurde dann in den Außendienst zur Wartung und Überwachung der Verkehrszählgeräte versetzt. Sicher, er verdiente nicht schlecht, aber dafür war er auch die ganze Woche über „auf Achse" und kam nur am Wochenende nach Hause.

Diese Arbeit hat vorher ein anderer Kollege alleine gemacht, aber für einen war es zuviel Arbeit und einfach nicht zu schaffen. Dieser Kollege hatte sich solange beschwert und einfach nicht locker gelassen, bis man ihm Kollegen U. schickte. Ideal war das zwar immer noch nicht, aber es ging so eben. So rackerten sich beide ab, und die ELMEG-Kapitalisten verdienten immer noch daran. Aber es war ihnen nicht genug. Außerdem läuft der Laden zur Zeit nicht so gut, also: Einer muß weg, damit der Rubel wieder rollt. Welcher von beiden entlassen werden sollte, na, das wurde wohl ausgewürfelt.

Es trifft Kollegen U. Unmittelbar vorher hatte er Urlaub gemacht und bekam seine Kündigung, als er wieder zur Arbeit kam. Man sagt ihm: „Die Konjunktur ist schlecht, Arbeitsmangel, du kannst dir deine Papiere holen." U. will sich beschweren. So einfach läßt er sich das denn doch nicht gefallen. Jahrelang war er still, hat nichts gesagt, und nun das? Nein, ohne ihn. Er will zu Rotkohl. Doch der ist nicht da. Hat einen Tag Urlaub genommen. Welch ein Zufall. Also geht er zum Betriebsratsbüro, will mit Runge reden. Aber auch hier das gleiche: „Arbeitgebervertreter" Runge ist nicht da, hat einen Tag Urlaub genommen. Beide auf einmal, das geht ja wohl nicht mit rechten Dingen zu. Erst feuern sie ihn, und dann sind sie auch noch zu feige, ihm vor die Augen zu treten. Kollege U. hat endgültig die Schnauze voll. Er packt seine Sachen und geht. Arbeitslos — was nun?

Er meldet sich beim Arbeitsamt. Alles mögliche kann er hier kriegen. Formulare, Anträge, Berlin-Reklame, nur eins nicht — Arbeit. Er sucht sich selber welche. Eine Woche vergeht, zwei, drei, und er hat immer noch nichts gefunden. Es geht ihm auf die Nerven, er hat das Gefühl, die Wände fallen ihm auf den Kopf. Langsam wird das Geld knapper. Man muß sich einschränken. Er sucht weiter nach Arbeit, Woche um Woche. Schließlich hat er Glück. Er ist einer der Wenigen, die Arbeit finden. Ein paar Nummern schlechter als vorher und weniger Lohn, aber er kann es sich nun mal nicht aussuchen.

U. hatte gewiß keinen Grund, mit seiner Entlassung zu rechnen. Er war weder krank noch faul, und seine Kollegen achteten ihn wegen seines Fleisses und seines Könnens.

Diese Entlassung ist kein Einzelfall. Jeder weiß, daß sich so etwas täglich ereignet. Dieses Beispiel zeigt deutlicher als tausend Worte: „Die Kapitalisten brauchen uns in der Krise nicht. Sie werden uns entlassen, wenn ihre Profite es verlangen. Der Kapitalismus hat uns nichts zu bieten, als noch schwerere Fesseln."

Aber noch etwas ist interessant: Nämlich die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" von Runge und Rotkohl. Wie beide gleichzeitig verschwunden sind, wie sie beide wie der „liebe Gott" und der „Heilige Geist" über das Schicksal der Kollegen entscheiden.

Es ist falsch zu glauben, die beiden wüßten nicht, was sie da tun. Die wissen das! Die wissen ganz genau, wie dreckig es uns geht. „Bei Rotkohl mag das ja ein klarer Fall sein, aber Runge?" denkt vielleicht noch manch einer. Aber kann denn Runge eigentlich noch deutlicher zeigen, auf welcher Seite der Barrikade er steht, wessen Interessen er vertritt? „Arbeitgebervertreter", sagt Kollege U. zu ihm, und er hat sich nicht versprochen. Runge, wie überhaupt die IGM, hat ganz klar die Aufgabe, uns niederzuhalten und zu unterdrücken. Ob er das als scheinbar friedliches Lamm verkleidet tut, oder ob er die Maske fallen läßt, das bleibt sich gleich.

Das Schicksal des Kollegen U. darf uns nicht gleichgültig sein. Es mahnt uns zum Kampf gegen die Entlassungen, gegen diesen Staat überhaupt. Der erste Schritt dazu muß sein, daß wir uns organisieren in einer Partei, die ausschließlich unseren Interessen dient, in einer Organisation, die keinen doppelten Boden kennt. Eine solche Partei ist die KPD/ML.

NIEDER MIT DEM DGB-APPARAT!

KAMPF DEN ENTLASSUNGEN!

Die Sicherheit der Kollegen kommt zuletzt!

Daß den Kapitalisten die Sicherheit, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter egal ist und sie sich lediglich für den Profit interessieren, den sie aus den Arbeitern herausholen, zeigte sich auch bei der letzten Flutkatastrophe, als der Hamburger Hafen überflutet wurde, in dem Tausende Menschen arbeiten. wie es den Arbeitern der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) ergangen ist, das zeigt folgender Bericht.

Schon seit dem Abend vorher war bekannt, daß es am Samstag die schwerste Sturmflut seit 1962 geben wird. Am Ende der ersten Schicht stand das Wasser nur noch ca. 1 Meter unter der Kaimauer. Sturmböen trieben die Gischt schon über die Straße am Gate. In den Nachrichten wurde bekanntgegeben, daß von diesem Zeitpunkt an der Wasserstand noch um mehr als 3,50 Meter steigen soll. Schon jetzt war klar: der Bukai wird unter Wasser gehen. Trotzdem: die II. Schicht wurde nicht abbestellt!

Kollegen berichten, wie es dann auf Halle 5 zuging, wo die Kollegen Container auspackten:

— 14.30 Uhr: Das Wasser steigt aus den Gullies. Ein Tally: „Das wird bald losgehen!"

— 15.00 Uhr: Überall heulen die Sirenen: Katastrophenalarm! Auf dem Parkplatz stehen die Räder der Autos schon unter Wasser. Die Aufsicht kommt: „Die Container noch leer, dann ist Ausscheiden."

— 15.30 Uhr: Zu den Autos ist nach späteren Aussagen von Kollegen kein Durchkommen mehr.

Aber auf Halle 5 wird weitergearbeitet! Erst kurz vor 16 Uhr kommt per Lautsprecher die Anweisung: „Alles abbrechen!" 1 Stunde nach dem Katastrophenalarm! Aber da war bereits alles zu spät! Ungefähr 15 Kollegen von Halle 5 konnten nicht mehr zum Parkplatz kommen. Einige versuchten es noch: ein Teil kam gleich zurück, ein anderer mußte auf dem Dach einer Baracke Schutz suchen, wo sie drei Stunden in der Kälte aushalten mußten. Die Folge: starke Unterkühlungen!

Die anderen Kollegen auf Halle 5 werden um 21 Uhr von einer Rettungsmannschaft herausgeholt. Sie werden vorne am Tor abgesetzt und müssen dort noch mehr als eine Stunde auf einen Bus warten. Erst um 23 Uhr sind einige zuhause! Am Bus steht auch der „Kollege" Politz und beteuert: „Das konnte man doch nicht voraussehen!" Das ist wirklich eine unheimliche Abgebrühtheit. Als die Kollegen auf die Bosse schimpfen, die ihnen das eingebrockt haben, indem sie nicht früh genug gewarnt und die Arbeit abbrechen ließen, verzieht auch Politz sich schnell. Alle sind sauer darüber, daß ihre Autos wohl nur noch Schrottwert haben.

„Die hätten einfach viel früher die Arbeit hinschmeißen müssen", sagt jetzt mancher. Klar hätten sie das. Aber von Halle 5 kann keiner das Wasser beobachten. **Aber solche Leute wie Cöhrs, Lindner und Politz, die wußten, was los ist.** Die kümmern sich aber einen Dreck darum, daß hier die Gesundheit und das Leben von Kollegen gefährdet worden ist, daß sie naßtriefend auf den Dächern hocken mußten. Nicht mal nötig hatten sie es, die Frauen der betroffenen Kollegen zu benachrichtigen! Hauptsache, die Kollegen malochen noch ordentlich, damit die Bilanz der Bosse stimmt!



Hochwassereinbruch im Hamburger Freihafengebiet

Berichtigung

Im ROTEN MORGEN Nr. 2/76 berichteten wir über den Lohnraubabschluß der ÖTV gegen die Bremer Hafenarbeiter. Wir schrieben, daß der Abschluß 5% betrug, das ist falsch. Der Lohnraubabschluß lag bei 5,9%. Dieser Fehler entstand aufgrund einer falschen Information. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion.

Frauen im Betrieb: Behandelt wie Menschen 2. Klasse

Zum Abschluß des „Jahres der Frau", zu dem das Jahr 1975 ausgerufen worden war, hielten die bürgerlichen Politiker in unserem Lande noch einmal Rückblick. Bundesminister Katharina Focke zum Beispiel kam dabei zu dem Ergebnis, daß in unserem Lande die Lage der Frauen im internationalen Vergleich von der rechtlichen und sozialen Seite her als „sehr gut" zu bezeichnen sei. Gewiß, für sie, wie für die Damen der Kapitalisten-Schickeria, wird das zutreffen. Für die werktätigen Frauen hingegen gibt es zwar einige Rechte auf dem Papier, doch an ihrer besonderen Unterdrückung im Kapitalismus hat sich nichts geändert. Und das ist auch im „Jahr der Frau" nicht anders geworden. Selbst die bürgerliche Presse, die das „Jahr der Frau" sowieso vor allem nutzte, um in ihre dummen und reaktionären Karrikaturen und Witze Abwechslung hineinzubringen, bekannte am Ende des Jahres zum größten Teil: Das „Jahr der Frau" ist vorbei, alles bleibt beim alten.

Gedient hat die „Jahr der Frau"-kampagne in unserem Land vor allem der bürgerlichen Propaganda. Hauptsächlich zwei Strömungen wurden in dieser Propaganda deutlich. Zum einen die sogenannten „Feministinnen", die noch lauter als zuvor verbreiteten, daß die Frau sich durch den Kampf gegen die Männer befreien könnte, daß der Kampf für die Emanzipation der Frau ein „Kampf der Geschlechter" sei. Es ist so, daß in der Klassengesellschaft die Frau vom Mann unterdrückt wird und es ist auch gerecht, wenn innerhalb der Familie die Frauen gegen diese Unterdrückung angehen. Doch Ursache dieser Unterdrückung ist nicht etwa in der „Natur des Mannes" zu suchen, sondern Ursache ist die Ausbeuterordnung, zu der die Ungleichheit gehört, wie die Henne zum Ei. Die andere Strömung der bürgerlichen Propaganda ist die der D„K"P-Revisionisten und ihres Umfeldes. Sie behaupten in Kampagnen und auf Kongressen immer wieder, daß die Frau durch Gesetzesänderungen, für die man kämpfen müsse, ihre Emanzipation erreichen könne. **Beiden Strömungen, den Feministinnen wie den modernen Revisionisten, ist eines jedoch gemeinsam: Sie leugnen, daß die Unterdrückung der Frau der Natur der Ausbeuterordnung entspringt, der Gesellschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wie es Marx und Engels schon wissenschaftlich nachgewiesen haben. Sie leugnen, daß die Befreiung der Frau notwendigerweise die Befreiung von der Ausbeuterordnung bedeutet und daher vom Kampf des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus nicht getrennt verwirklicht werden kann.**

Wie die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterinnen heute aussieht, berichtete uns eine Rote Betriebsrätin aus ihrem Elektrobetrieb:

„Es gibt Betriebe, in denen die Sache ganz offensichtlich ist. Da bekommen die Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als die Männer. Bei uns ist das anders, raffinierter. Es gibt so gut wie keine Arbeiten, die von Männern und Frauen zugleich gemacht werden. In der eigentlichen Produktion sind Frauen beschäftigt. Begründet wird das damit, daß die Arbeit angeblich viel Geschicklichkeit erfordere, die Männer angeblich nicht haben. Tatsächlich aber ist es die monotonste Arbeit, die man sich denken kann und die zudem im Akkord geleistet werden muß. Gezahlt aber werden dafür Niedriglöhne nach den Lohngruppen 2 und 3. Bis auf einige Lagerarbeiter sind die beschäftigten Männer alle Facharbeiter: Werkzeugbauer, Schlosser, Elektriker, Prüfer und natürlich Einrichter und Meister. Wenn man einen Blick auf die Tabelle wirft, die den Durchschnittsverdienst pro Stunde eines Monats zeigt, sieht man sogleich, daß die Frauen wesentlich niedriger bezahlt werden als die Männer, was eben nur dadurch verdeckt wird, daß sie verschiedene Arbeiten machen.

	Lohngruppe								
	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Akk.-Lohn:	7,55	7,98	7,41		9,15	8,65	9,01	9,97	10,76
Anzahl / w	451	188	4						
m	-	-	-		16	4	2	12	10
Std.-Lohn:	6,03	6,95	7,10	7,14	7.74	8,31	8,37	9,48	10,38
Anzahl / w	161	73	23	15	8	18	8	2	-
m	1	1	-	26	57	36	87	75	20

Danach arbeiten 873 Frauen in Lohngruppen 2 und 3, 78 Frauen in höheren Lohngruppen. Dagegen nur 2 Männer in Lohngruppe 2 und 3, jedoch 336 Männer in Lohngruppen 5 bis 10.

Hinzufügen muß man, daß Lohngruppe 2 tariflich 5,67 DM und Lohngruppe 3 tariflich 5,96 DM beträgt. Das entspricht dann einer Akkordleistung von 100%. Da man davon jedoch schlecht leben kann, muß man wie wild Akkord arbeiten, wodurch dann die 7,55 DM in der Lohngruppe 2 und die 7,98 DM in der Lohngruppe 3 zustande kommen. Gesundheitlich bedeutet das für die Frauen, daß sie kaputt gemacht werden, was sich darin zeigt, daß ihr Krankenstand bei uns auch höher liegt als der der Männer.

Die besondere Unterdrückung der Frau im Kapitalismus zeigt sich darüber hinaus gerade auch bei den Entlassungen, die mit der Krise zunehmen. Die bürgerlichen Zeitungen verbreiten, daß die Entlassungen bei den Frauen ja nicht so schlimm wären, solange in der Familie der Mann immer noch Arbeit hat. Und nicht zufällig schreiben die Frauenzeitungen der Bourgeoisie wieder öfter, daß die Frau doch eigentlich mehr in die Küche gehöre und für die Familie da sein müsse. Jeder weiß, daß die meisten Frauen, wenn sie arbeitslos sind, ja immer noch genug zu tun haben mit Kindern und Haushalt, was sie sonst noch obendrein machen. Und genau daran versucht die bürgerliche Propaganda anzuknüpfen, damit die Frauen ihrer Entlassung sogar noch eine gute Seite abgewinnen sollen. Zum anderen aber ist es tatsächlich so, daß eine arbeitslose Frau, die sich als arbeitslos registrieren lassen will und Arbeitslosengeld bekommen will, nachweisen muß, daß ihre Kinder, auch während sie arbeitslos ist, in einem Kindergarten oder Hort oder sonstwie anders betreut werden wie zu der Zeit, als sie noch Arbeit hatte. Auf diese Weise werden viele Frauen um ihr Arbeitslosengeld betrogen."

Auf die Frage, wie die Kapitalisten versuchen, Männer und Frauen im Betrieb gegeneinander auszuspielen, berichtet die Rote Betriebsrätin: „Das geschieht bereits schon durch die Tatsache, daß bei uns die Frauen in der eigentlichen Produktion arbeiten, Einrichter, Meister usw. jedoch Männer sind. So gibt es Meister, die versuchen, ihre Position gegenüber den Arbeiterinnen auszunutzen. Das führt manchmal dazu, daß zum Beispiel Versetzungen in andere Abteilungen bei den Arbeiterinnen, Akkorderhöhungen usw., als individueller Widerspruch zwischen Männern und Frauen angesehen wird, nicht aber als Maßnahmen der Kapitalisten gegen die Arbeiterinnen. So wird planmäßig versucht, den Klassencharakter der Widersprüche zu verschleiern.

Ein Ergebnis dieses Vorgehens, Frauen gegen Männer auszuspielen ist auch die Auffassung, das ganze Unglück der Frauen liege darin, daß zu wenig Frauen im Betriebsrat sind. So meinen manche Frauen: ‚Die Frauen sind doch selbst schuld, die wollen es ja gar nicht anders. Wenn sie immer wieder die Männer wählen, nur weil so ein Kerl gut aussieht."

Natürlich ist es nicht so, daß bei den Betriebsratswahlen die Kolleginnen danach gehen, ob jemand eine schöne Nase hat oder nicht. Aber es ist eben Ausdruck der Lage der Frau im Kapitalismus, Ausdruck ihrer besonderen Unterdrückung, wenn in einem Betrieb wie unserem, in dem weit überwiegend Frauen arbeiten, im Betriebsrat vor allem Männer sitzen. Und die Forderung, daß mehr Frauen im Betriebsrat sein sollen, ist vollkommen berechtigt. Doch das Entscheidende, ob der Betriebsrat für die Kolleginnen eintritt oder nicht, ist nicht in erster Linie die Frage, ob dort mehr Männer oder Frauen sitzen, sondern entscheidend ist die Frage, welche Politik die Betriebsräte betreiben. Denn was nützt es, wenn die Betriebsräte zwar Frauen sind, jedoch den Kampf der Arbeiterinnen im Betrieb sabotieren? Entscheidend eben ist die Frage: Sind die Betriebsräte der verlängerte Arm des reaktionären Gewerkschaftsapparates und arbeiten gemeinsam mit der Geschäftsleitung gegen die Kolleginnen und Kollegen, oder sind es klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte, die konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen auf der Grundlage des Kampfes für den Sturz des Kapitalismus. Letztere Betriebsräte brauchen die Arbeiterinnen.

Für die Frauen im Betrieb heißt es, auch gegen falsche Auffassungen, die bei manchem Mann durch die ständige Propaganda der bürgerlichen Weltanschauung tief verwurzelt sind, aufzutreten.

So zum Beispiel gegen die Auffassung, daß man mit den Frauen nicht gut kämpfen könne, da sie sich ja doch alles gefallen lassen würden. Allein die Tatsachen widerlegen dies bereits, denn bei uns sind bisher alle Kampfaktionen von den Frauen ausgegangen. Aber dieser Kampf gegen die zum Teil verwurzelten falschen Anschauungen bei manchen Männern darf eben gerade nicht dazu führen, daß die Widersprüche geschürt werden und gespaltet wird, sondern diese Auseinandersetzung muß gerade dazu dienen, die Front der Arbeiterklasse, Mann und Frau Schulter an Schulter, im Kampf gegen die Bourgeoisie zu stärken."

Die Bourgeoisie versucht Mann und Frau zu spalten, um so ihren Kampf zu schwächen. So war die Kampagne der Bourgeoisie im „Jahr der Frau" eben nicht darauf angelegt, die Lage der werktätigen Frauen zu verbessern, sondern darauf, verstärkt bürgerliche Theorien über die angebliche Emanzipation der Frau im Kapitalismus zu verbreiten, um damit Verwirrung und Spaltung zu stiften, und den Kampf der Frau für ihre Befreiung von der großen Sache der Befreiung des Proletariats überhaupt loszulösen. Nur der Kampf des Proletariats aber zum Sturz letztlich jeder Klassengesellschaft wird auch jegliche Art von Ungleichheit in der Gesellschaft beseitigen können und damit auch die Frau von ihrer besonderen Unterdrückung in der bürgerlichen Klassengesellschaft befreien.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die bremischen Häfen
Dezember 75 Nr. 7

Ausbau zum Kriegshafen

Die Bremer Häfen werden fieberhaft ausgebaut. Bis 1985 soll die Kapazität des Jahresumschlags um mehr als die Hälfte von 26 Mio. auf 37 Mio. Tonnen gesteigert werden. Schon in den nächsten drei Jahren soll der Containerterminal zwei neue Liegeplätze bekommen, für die Ostseite des Neustädter Hafens ist eine Stückgutkaje von 850 Meter Länge geplant.

Das Prunkstück der Ausbaupläne aber ist schon fertig: Die neue Stückgutanlage an der alten Columbuskaje in Bremerhaven. Sie ist einmalig in Europa. Allein der Schuppen ist so groß, daß vier Fußballfelder darin Platz haben, die gegen Hochwasser geschützte Freifläche ist nochmal fast doppelt so groß, dazu kommen 20000 qm Kaje.

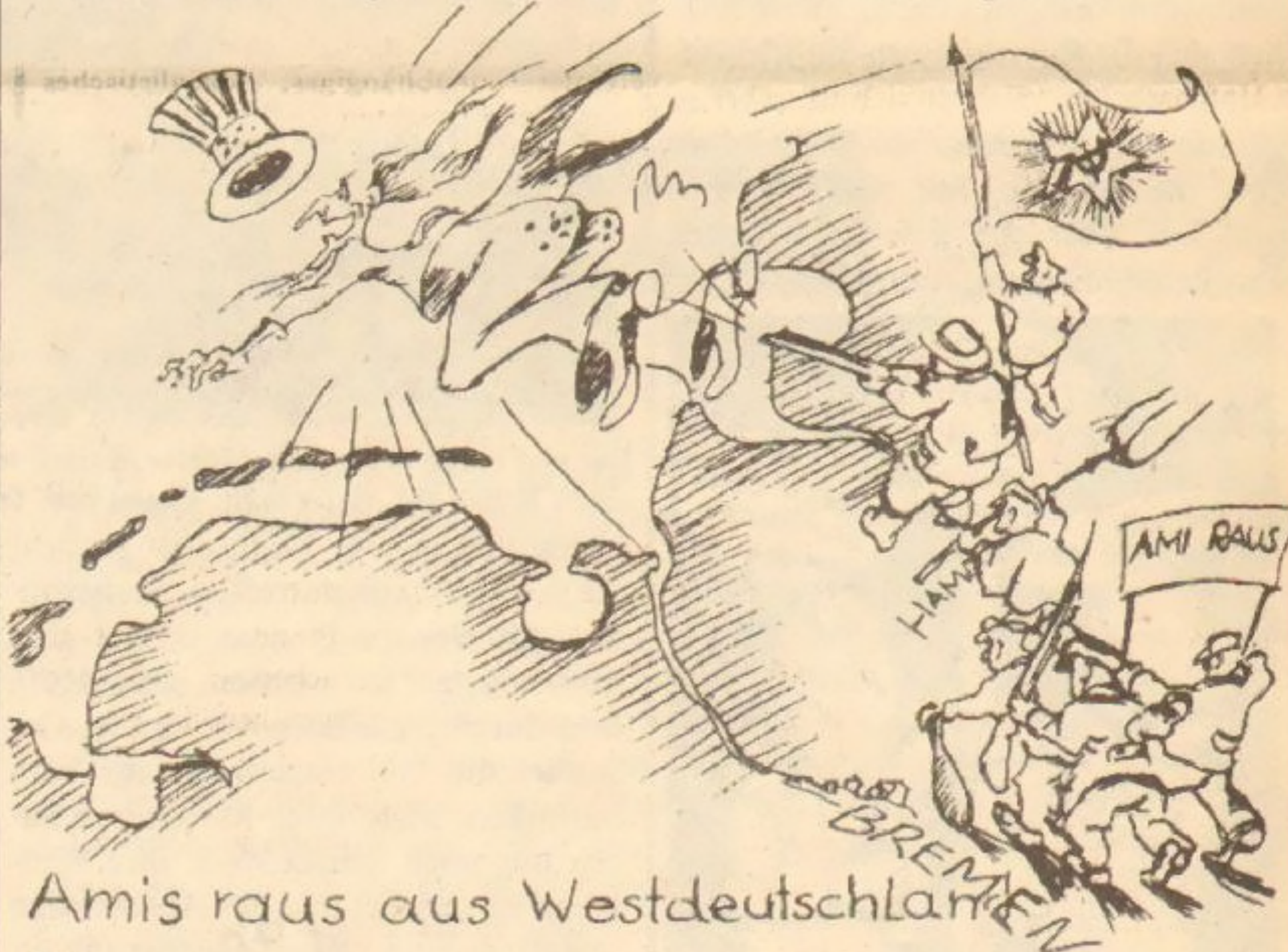
Die Frage ist: Wozu brauchen wir solche riesigen Stückgutanlagen?? — Gerade jetzt, wo sich an allen Kajen, den neuen wie den alten, gähnende Leere breitmacht.

Allein im ersten Halbjahr 75 sank der Umschlag in Bremerhaven um fast 16%, in Bremen um 8%. Der Stückgutverkehr nimmt so rapide ab, daß selbst Brinkmann die Lage bedenklich findet. Trotzdem wird in rasantem Tempo weitergebaut. Auf den ersten Blick könnte man annehmen, daß die Hafenkapitalisten, wie alle anderen Kapitalisten, die Krise benützen, um zu modernisieren. Beier: „Wir müssen uns auf den nächsten Aufschwung vorbereiten." — Aber worauf sie sich wirklich vorbereiten, enthüllen gerade ihre Hafenentwicklungspläne.

Es ist klar, daß es sich für Stückguthäfen wie Bremen und Bremerhaven nur dann lohnt, die Kapazitäten so gewaltig zu erweitern, wenn man gleichzeitig den Anschluß an das Binnenschiffahrtsnetz entsprechend ausbaut und verbessert. Hamburg, der dritte große westdeutsche Stückguthafen, legt aus diesem Grund großen Wert darauf, den Elbe-Seiten-Kanal fertig zu bekommen.

Von solchen Plänen keine Spur in Bremen. Schon bei den jetzigen Umschlagsverhältnissen kann die flache Mittelweser kaum noch mithalten. Ihre Vertiefung ist nicht geplant. Aus solchen Tatsachen können wir nur einen Schluß ziehen: Die Bremer Häfen werden zu reinen Empfangshäfen für große Seeschiffe mit schwerem Stückgut umgerüstet. Der Ausbau ist gerade nicht auf einen angeblich baldigen Wirtschaftsaufschwung ausgerichtet, dagegen stimmt er bis aufs i-Tüpfelchen mit den Plänen der US-Imperialisten überein, die die Bremer Häfen zur Hauptnachschubbasis in Europa machen wollen. Panzer und andere schwere Waffen benötigen kein Binnenschiffahrtsnetz, was man dafür hauptsächlich braucht, ist **Platz zum Anlanden.**

Zwei andere Projekte müssen ebenfalls in diesem Licht gesehen werden. Die Bremer Stadtherren planen, die gesamte Unterweser mit Radar zu versorgen. Bremerhaven hat bereits eine Radaranlage, die jetzt mit großer Eile erneuert und auf die ganze Weserstrecke bis Bremen ausgedehnt wird. In Bremen selbst werden Millionen locker gemacht, um ebenfalls Radargeräte anzuschaffen, die die Schiffe bis zu den Liegeplätzen lenken können sollen. — Und schließlich: Die seit Jahrzehnten fällige Autobahn Bremerhaven-Bremen wird jetzt plötzlich beschleunigt gebaut! Warum? Weil ein Kriegshafen ohne Autobahn nichts taugt. Wir erinnern uns gut, daß Hitlers Kriegsvorbereitungen zu einem Teil mit dem Autobahnbau begannen.



Die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte USA und UdSSR, bereiten heute einen 3. Weltkrieg vor. Beim Herbstmanöver „Straffer Zügel" wurden in zwei Stunden Zehntausende amerikanischer Soldaten, Tausende von Panzern und anderen Waffen über die Straßen nördlich Bremens in die Lüneburger Heide gepumpt. Den Lärm konnten wir nachts bis in unsere Betten hören. Sie rühren die Kriegstrommel und wollen uns Angst machen. Aber wir fürchten uns nicht! All die hunderttausend Waffen, die sie jetzt ununterbrochen in unser Land schaffen, werden eines nicht mehr sehr fernen Tages gute Dienste leisten, wenn unser Volk sie ergreift und den Krieg gegen die Besatzer beginnt.

Schon jetzt bewegen sich die US-Imperialisten bei uns in Feindesland. Ihr sogenanntes „deutsch-amerikanisches Freundschaftsfest" in Bremerhaven feierten sie in diesem Sommer bereits allein und hinter Stacheldraht. In Garlstedt, wo sie bis 1978 mehrere tausend Ledernacken, die Mörder von Vietnam, stationieren wollen, schließt sich die Bevölkerung zusammen, um einen gebührenden Empfang vorzubereiten.

KAMPF DEN KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!

AMERIKANISCHE UND RUSSISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Revisionistisches

SILVESTERFEIER IN DER „WOLFSSCHANZE“

Silvesterfeier in Hitlers Hauptquartier, etwas besonderes zum Jahreswechsel. knallende Sektkorken. Das spielte sich nicht etwa in Westdeutschland auf dem Obersalzberg als Feier von Nazi-Faschisten ab, sondern in Polen, wo die Revisionisten in der „Wolfsschanze“, Hitlers ehemaligem Hauptquartier in Ostpreußen, zur Jahreswende den Sekt in Strömen fließen ließen. Arrangiert war das Gelage in dem zur Touristenattraktion ausgebauten Faschistenquartier von der polnischen Touristen-Organisation „Mazur-Tourist“. Wer angesichts der Ungeheuerlichkeit dieses Geschehens, das die ganze Verkommenheit der polnischen Revisionisten zum Ausdruck bringt, Zweifel an der Richtigkeit hegt, kann das in der Warschauer Abendzeitung „KurierPolski“ vom 27. Dezember nachlesen, wo diese Feier auch noch groß angekündigt wurde.

D„K“P-UNTERHALTUNG

Korrespondenz. Die folgende Zeichnung ist einem Flugblatt des „Arbeitskreises Demokratischer Soldaten“entnommen, einerSoldaten-Organisation der D„K“P-Revisionisten. Es wurde vor der Kaserne in Hamburg-Fischbek an Soldaten verteilt. Eine passende Ergänzung findet die Zeichnung in den Zeitungen des ADS, wo die Revisionisten mit pornographischen Bildern auf den Titelseiten die Soldaten anzusprechen versuchen. Alkohol, Pop-Musik (als „Polit-Rock“ verkleidet), Sex — verkommene bürgerliche „Unterhaltung“ — sollen die Soldaten zu den modernen Revisionisten locken, damit sie ihre konterrevolutionäre pazifistische Ideologie an den Mann bringen können. So bemühen sich die Revisionisten um die Versumpfung der Soldaten und stärken gerade die rückschrittlichen Strömungen, die glauben, mit Alkoholismus und Sex über die gesellschaftlichen Probleme hinwegzukommen.



Kein Wunder, daß die Revisionisten ihre Zettel direkt im Kasernentor unter den Augen des MAD verteilen konnten, während gegen uns, als Verteiler der KPD/ML-Soldatenzeitung „Roter Marder“ sofort vorgegangen worden wäre.

„K“PI — STREIKBRECHER

Um hervorzuheben, wie sehr sich die revisionistische „K“PI für die Erhaltung der Ordnung des bürgerlichen Staates einsetzt, wies ihr Vorsitzender Berlinguer nicht ohne Stolz darauf hin, daß unter der Führung der Revisionisten Jugendliche in Rom während des Streiks der Müllarbeiter, die für die Erhöhung ihrer Löhne kämpften, durch die Viertel gezogen seien, um den Müll abzuräumen.

Wahrhaftig, darauf kann nur ein Revisionist stolz sein. Unter Arbeitern heißt das schlicht und einfach: Streikbruch. Erinnern wir uns: Bei dem Müllarbeiterstreik in Frankreich sah sich die Regierung gezwungen, Militär als Streikbrecher einzusetzen, in Italien aber erledigen das die modernen Revisionisten!

Die Katastrophe war vorauszusehen

Fortsetzung von Seite 1

sind denn getroffen worden nach der Flutkatastrophe von 1962, um die Bevölkerung zu schützen? Wer erinnert sich nicht an die Versprechungen, die Helmut Schmidt, damals noch Innensenator in Hamburg, abgab: Man würde alles tun, um zu verhindern, daß es wieder zu einer solchen Katastrophe kommen könne.

Es ist kein Zufall, daß die Deiche im Elbgebiet gerade in der Haseldorfer Marsch sowie auf dem linken Elbufer bei Assel und Drochtersen brachen. **Seit 1962, wo die Deiche von der Flut bereits überrollt worden waren, sind die Deichanlagen dort weder ausgebaut noch erneuert worden. So stammt der Deich bei Drochtersen noch aus dem Jahre 1825!** Ist es da verwunderlich, daß Durchbrüche bis zu 80 Meter Breite in den Deich gerissen wurden, daß der Deich von der Brandung an verschiedenen Stellen sogar bis zum Deichfuß abgetragen wurde? Die Elbinsel Krautsand, auf der mehrere Bauernhöfe stehen, hat in den ganzen 13 Jahren bis auf den heutigen Tag noch keinerlei Schutzanlagen erhalten. Ist es da verwunderlich, daß die Anwesen auf der Insel, die nur auf kleinen Warften (Erdaufschüttungen) stehen, völlig unter Wasser standen, Bauernhöfe und Einzelhäuser durch die Fluten total verwüstet werden konnten?

Gewiß, die Eindeichung oder Erneuerung der Deiche hätte den Staat viele Millionen gekostet. Jetzt jedoch sind Werte zerstört worden, die in die



Der alte Deich in der Haseldorfer Marsch brach an sechs Stellen. Die Durchbrüche, zwischen 30 und 100 Meter breit, gingen zum Teil bis zum Deichfuß.

Milliarden gehen. Milliarden jedoch, die die Werktätigen treffen. Insbesondere die Bauern in dem Gebiet sind schwer getroffen worden. Ihre Höfe sind durch die Fluten verwüstet, Gebäude zum Teil eingerissen, ihr Vieh ertrunken, viele ihrer Maschinen haben nur noch Schrottwert, ihre Feldarbeit ist zerstört und der Ackerboden versalzen. Und keine Versicherung ersetzt ihnen ihre vernichtete Habe, von ihrer Arbeit, ihrem Schweiß, der in ihrem Anwesen steckt, ganz zu schweigen. Das Land Niedersachsen hat als Entschädigung für alle Betroffenen seines Landes ganze 1,5 Millionen DM aufgeboten, und in Schleswig-Holstein erhalten Familien, die Totalverlust an Hausrat und Kleidung erlitten haben, einen „einmaligen Zuschuß von 3900 DM“. Da rühmen sich dann noch die Vertreter des Staates in Fernsehen und Presse, es werde sofort und unbürokratisch geholfen! Und was ist mit dem 82jährigen Rentner Claus Pichenpack, der wie auch andere sich vor den Fluten nicht mehr retten konnte und ertrinken mußte? **Er, wie alle anderen betroffenen Menschen, sind nicht nur Opfer der Fluten, sondern Opfer der herrschenden Kapitalistenklasse, für die nicht in erster Linie der Schutz der Bevölkerung zählt, sondern ihre Ausbeutung und ihre Unterdrückung.**

Für den Schutz der Bevölkerung durch den vollständigen Ausbau der Deiche nach 1962 waren angeblich die Kosten zu hoch. Zugleich aber waren gerade in den letzten Jahren Hunderte Millionen genug da, um den Polizei- und Spitzelapparat, den gesamten Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen die Werktätigen auszubauen. Ein Beispiel aus dem Hamburger Hafen zeigt in aller Deutlichkeit, daß nicht der Schutz der Werktätigen, sondern der Profit zählt: Obwohl das Wasser schon aus den Kanalisationsdeckeln von der Flut hochgedrückt wurde, obwohl schon überall die Sirenen Katastrophenalarm geheult haben, wird den Hafenarbeitern in der Halle 15 der HHLA die Anweisung gegeben: Erst noch die Container leer! Eine Stunde nach dem Katastrophenalarm erst kommt die Anweisung an



Die Menschen in den überschwemmten Gebieten wurden sich selbst überlassen. Oft war eine Handtasche voll Sachen das einzige, was sie in Sicherheit bringen konnten.

die Kollegen, die von der Halle aus das Ansteigen des Wassers nicht verfolgen können, alles abzubrechen. Kollegen, die versuchten, noch zu ihren Autos auf den Parkplätzen zu kommen, mußten auf einem Barakkendach Schutz suchen, wo sie erst nach drei Stunden mit starken Unterkühlungen gerettet wurden. Ihre Autos aber sind Schrott. Die anderen Kollegen in der Halle wurden sogar erst um 21 Uhr abends von Rettungsmannschaften herausgeholt. Die HHLA-Chefs kümmern sich eben einen Dreck darum, ob das Leben der Kollegen gefährdet wird. Für sie zählen die entleerten Container, die Bilanz am Ende des Jahres. Nicht anders erging es 100 Kollegen bei der Luftwerft auf Finkenwerder. Auch sie mußten solange arbeiten, bis sie von der Flut eingeschlossen waren. Erst vier Stunden, nachdem das Wasser in allen Hallen gefährlich angestiegen war, wurden sie geborgen.

Die Bourgeoisie ist nicht willens für die Bevölkerung ausreichenden Schutz zu schaffen. Das zeigt sich auch darin, wie die Rettungsmaßnahmen abliefen. Nicht anders als bei der Flutkatastrophe 1962 oder auch bei den Heidebränden im letzten Jahr wurden die meisten bedrohten Menschen sich selbst überlassen. Obwohl der Orkan, der das Wasser trieb, schon am Tag zuvor tobte, obwohl schon am Sonnabendmorgen die Halligen in der Nordsee ‚Land unter‘ meldeten, wurde erst Katastrophenalarm gegeben, als die Flut fast schon ihren Höhepunkt erreicht hatte. Rettungs- und Schutzmaßnahmen wurden ebenfalls erst im letzten Augenblick begonnen, wobei der ganze bürokratische bürgerliche Apparat zwar in heillose Bewegung geriet, aber wirkliche Hilfe nur in geringem Maß gegeben wurde. Ein Zeitungsreporter berichtete zum Beispiel: »Es war kurz nach 16 Uhr auf dem Ernst-August-Deich in Hamburg-Wilhelmsburg, wo es 1962 so viele Todesopfer gab. Vor dem Deich ungeschützt die Backsteinhäuser. Die Keller laufen bei jedem größeren Hochwasser voll. Aber diesmal stieg das Wasser bis in die erste Etage. Ein junger Mann rief aus einem Fenster: „Können Sie nicht Hilfe holen? Uns holt keiner raus, nur ein Schild haben sie hingestellt, ‚Vorsicht Hochwasser!‘“ Gegen 17 Uhr kam die Feuerwehr. Sie blieb nur 10 Minuten. Die Männer sahen sich alles an und sagten: „Die Leute da können wir jetzt nicht rausholen. Die müssen eben in die oberen Stockwerke gehen.“ «

Zugleich aber wurden vom Technischen Hilfswerk, vom Roten Kreuz, von Polizei und Feuerwehr all die vielen Hamburger, die sich spontan bereit erklärten zu helfen, abgewiesen.

Was sich in diesen wie in Tausenden Beispielen zeigte, ist, daß die Apparate der Bourgeoisie wie Bundeswehr und Polizei eben nicht zum Schutz der Bevölkerung da sind, sondern als Unterdrückungsapparate der Bourgeoisie dienen. Noch am Sonnabendmorgen. als ein 19jähriger in einer Bank eingebrochen war, waren die MEK's mit schweren Feuerwaffen und ihrer Panzerkleidung im Einsatz. (MEK-Leiter Marthies: „Das war kein Profi. Solche Leute sind besonders gefährlich . . .“). Der Junge starb im Kugelhagel. Todesschuß — das ist ihr Handwerk, das sie gelernt haben, das verstehen sie. Doch als am Abend während der Flut über 1300 Hilferufe bei der Polizei ankamen, da gab es für die meisten nur ein paar telefonische Tips. Nicht anders mit der Bundeswehr, für die derartige Einsätze militärischen Übungscharakter haben. Stolz berichtet die bürgerliche Presse, daß es nur 210 Minuten gedauert habe, bis nach Aufruf in Radio und Fernsehen, alle Soldaten in den Kasernen gewesen seien. Daß auch dies hauptsächlich als militärische Übung benutzt wurde, zeigt sich darin, daß letztlich nur 1500 von den 7000 Soldaten eingesetzt wurden. Und daß selbst diese, wie viele Soldaten berichten, kaum wirkliche Unterstützung für die Bevölkerung geleistet haben.

Für den kapitalistischen Staatsapparat ist bei diesen Katastrophen nicht in erster Linie der Schutz der Bevölkerung maßgebend, sondern die Erprobung und das Funktionieren seiner Krisenstäbe, die Gleichschaltung seines ganzen Apparates. Wozu die Krisenstäbe diese Übungen brauchen, das zeigt sich, wenn es gilt, Revolutionäre zu verfolgen, wenn es gilt, gegen wilde Streiks vorzugehen, gegen die Werktätigen. Das ist auch der Grund, warum Helmut Schmidt 1962 als Hamburger Innensenator von der Bourgeoisie so gerühmt wurde: Nicht etwa weil die Opfer gering gewesen wären — im Gegenteil, sie waren unter der Bevölkerung außerordentlich hoch —, sondern weil er damals die Gleichschaltung der Organe des Staatsapparates erfolgreich erprobt und vorangebracht hatte.

Die Ursachen für die schweren Folgen der Sturmflut dieses Jahres wie auch der von 1962 liegen eben nicht daran, daß es, wie Stoltenberg sagte, „keine Garantie gegen die Gewalt des Meeres“ gäbe, sondern sie liegen darin, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der allein die Interessen der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie zählen. Und diese Interessen, Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, richten sich gegen das Volk. Das hat trotz aller gegenteiligen Beteuerungen und wehleidigen Erklärungen der Verantwortlichen die letzte Sturmflut erneut bitter bewiesen.

Vom Aufbau des Sozialismus

STUDENTEN SCHREIBEN AN VORSITZENDEN MAO

Am 30. Dezember veröffentlichte die „Volkszeitung“ einen Brief, den mehr als 1800 Studenten der Tsinghua-Universität an Vorsitzenden Mao schrieben. In dem Brief heißt es:

„Seit unserem Eintritt in die Universität haben wir Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Studenten an der Bewegung, die Bourgeoisie und den Revisionismus zu kritisieren und den Marxismus-Leninismus zu studieren, teilgenommen. So haben wir unsere Fähigkeit, den Revisionismus zu bekämpfen und zu verhüten, erhöht. Unter den Studenten, die dieses Jahr das Studium abschließen, wurden mehr als 540 in die Kommunistische Partei aufgenommen und 160 in den Kommunistischen Jugendverband. In der Universität wird die Politik der offenen Tür bei der Erziehung durchgeführt und sie hilft den Studenten, ihre



Jugendliche mit Schulbildung sind in ein Dorf im Nudjiang-Becken gekommen, um sich dort niederzulassen.

Fähigkeiten durch die Praxis in den drei großen revolutionären Bewegungen des Klassenkampfes, des Produktionskampfes und des wissenschaftlichen Experiments zu entwickeln. Es laufen Freizeit-Kurse, Kurzlehrgänge und Ergänzungskurse für Arbeiter, Bauern und Soldaten. Als Prüfungsaufgaben haben die Studenten 332 Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Produktion und der Wissenschaft gewählt, um so bei den wichtigsten Bedürfnissen des Staates Unterstützung zu leisten. Nun werden 217 ihrer Ergebnisse in der Produktion angewandt, 117 von ihnen haben fortgeschrittenes chinesisches Niveau und einige haben sogar Weltniveau.

In dem Brief heißt es weiter: „Wir nehmen unsere Posten bei dem Werk des sozialistischen Aufbaus unseres Vaterlandes in einer ausgezeichneten Situation der gegenwärtigen Revolution im Erziehungswesen ein. Nun kommt es für uns darauf an, das rote Banner des Marxismus-Leninismus von unseren Vorgängern zu übernehmen und die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu Ende durchzuführen. Viele Schüler gelobten, ihre revolutionäre Entschlossenheit „als Bauern auf dem Lande zu arbeiten“ und „Revolution in den Grenzgebieten zu machen“. Mehr als 10 Studenten des Prüfungsjahrgangs und zwei Universitätsabsolventen des letzten Jahres haben nun ihren Wunsch erfüllt, als Bauern zu arbeiten, vier wurden in das tibetanische Grenzgebiet geschickt. Mehr als 160 Studenten wurden mit einer Aufforderung geehrt, sich am Bau der Eisenbahn zu beteiligen und mehr als 130 Studenten werden in Tibet, Chinghai und Sinkiang arbeiten. Daß so viele Studenten auf eigenen Wunsch ihre Arbeitsplätze dort wählen, wo die Schwierigkeiten am größten sind, ist eine revolutionäre Pionierleistung, die in der 64jährigen Geschichte der Tsinghua-Universität ohne Beispiel ist.

Abschließend schwören die Studenten: Wenn wir an unserem Arbeitsplatz angekommen sind, werden wir immer an den Klassenkampf denken, auf der grundlegenden Linie der Partei bestehen und wie eine rote Saat Wurzeln schlagen unter den Arbeitern und Bauern, blühen und Früchte tragen und gewissenhaft unsere Weltanschauung umgestalten, um gute Fortführer der proletarischen, revolutionären Sache zu werden.

Prozeß gegen Klaus Kercher

Verteidiger ausgeschlossen

Am 8. Januar begann in München vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Genossen Klaus Kercher. Klaus war in der ersten Instanz wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Gegen ihn besteht seit 1972 Haftbefehl, er muß sich seit der Verhandlung in der ersten Instanz mehrmals wöchentlich bei der Polizei melden.

Gleich zu Beginn der Verhandlung versuchte Staatsanwalt Emrich, der 1974 den Polizeieinsatz leitete, bei dem Günter Jendrian ermordet wurde, Rechtsanwalt Croissant, den Verteidiger von Klaus, aus dem Prozeß auszuschalten. Er stellte einen Antrag, Rechtsanwalt Croissant auszuschliessen (nach §146 StPO), weil er bereits einmal die Verteidigung in einem Verfahren wegen des Roten Antikriegstags 1972 übernommen habe. Staatsanwalt Emrich stützte sich bei dieser Auslegung der Strafprozeßordnung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Verteidigung mehrerer Angeklagter durch einen Rechtsanwalt auch dann verbietet, wenn die Angeklagten nicht in einem Verfahren wegen der gleichen Sache angeklagt sind, sondern auch dann, wenn es sich um mehrere Verfahren handelt, von denen zum Beispiel eines schon rechtskräftig abgeschlossen ist. So hatte Rechtsanwalt Croissant im Verfahren gegen Schorsch Schmidt als Anwalt gewirkt. Obwohl das Verfahren abgeschlossen ist, er demnach nicht mehr der Anwalt von Schorsch ist, reichte das dem Gericht aus, dem Antrag von Staatsanwalt Emrich stattzugeben und Rechtsanwalt Croissant von der Verteidigung auszuschließen.

Natürlich war schon lange klar, daß Rechtsanwalt Croissant ausgeschlossen werden sollte. So hatte Staatsanwalt Emrich erklärt, „kraft Gesetzes sei Croissant ja schon ausgeschlossen", und das Gericht hatte am 22. 12. bei Genossen Klaus angefragt, ob er noch von Croissant verteidigt werde. Angesichts des vollen Zuschauerraums jedoch log der Richter, er wüßte erst seit einem Tag vor dem Prozeß Bescheid und hatte Rechtsanwalt Croissant auch erst zu diesem Zeitpunkt mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft einen Ausschlußantrag stellen werde.

Gleichzeitig hatte sich das Gericht bereits mit einem Pflichtverteidiger in Verbindung gesetzt, der sich auch grundsätzlich bereit erklärte, Klaus zu „verteidigen".

Klaus nahm im Prozeß in einer Erklärung zu diesem schwerwiegenden Angriff auf seine Verteidigungsmöglichkeiten Stellung und erklärte, daß er einen solchen Pflichtverteidiger auf gar keinen Fall akzeptieren werde. Durch den Kampf des Genossen scheiterte das Vorhaben der bürgerlichen Klassenjustiz, Klaus zu überrumpeln und den Prozeß mit einem Pflichtverteidiger weiterzuführen. Der Prozeß wurde vertagt.

Dieser weitere Schritt der Faschisierung in politischen Prozessen wurde von der Partei und der RHD sofort an die Öffentlichkeit gebracht. Während der Verhandlungspausen im Prozeß verkauften einige Genossen am Stachus und in einem Stadtteil 22 ROTE MORGEN und 4 Zeitungen der Roten Hilfe. Ein Arbeiter, der erstmals bei einem politischen Prozeß als Zuschauer war, bat die Genossen um Flugblätter, die über den Verlauf des Prozesses berichten, weil er darüber im Betrieb mit seinen Kollegen reden will.

Am Abend des 8. 1. fand ein Stammtisch der RHD statt, auf dem über den Prozeß berichtet wurde. Eine Sammlung für Genossen Klaus erbrachte 51,95 DM. Außerdem wurde eine Solidaritätsresolution mit Rechtsanwalt Croissant verabschiedet. In Reutlingen wird der Kampf zur Unterstützung von Klaus weitergehen. Bereits jetzt haben bei Coop Schwaben, wo Klaus arbeitet, 37 Kollegen eine Solidaritätsresolution unterzeichnet (siehe auch RM Nr. 1/76).



Am 11. 12. 1975 wurde in Kornwestheim der türkische Arbeiter Vahit Oenler aus 3 Meter Entfernung von einem Polizisten von hinten erschossen. Türkische Arbeiter demonstrieren gegen den Polizeimord.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

GELSENKIRCHEN

Genosse Hubert W. hatte in Gelsenkirchen den Saal für eine FRAP-Veranstaltung angemeldet. Zu dieser Veranstaltung wurden Plakate der Partei, der FRAP und der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes geklebt. Einige Wochen später erhielt er Rechnungen der Deutschen Städtereklame und der RWE über 700 bzw. 800 DM über Entfernen von Plakaten. Hubert beachtete die Rechnungen zunächst nicht. Als aber Mahnungen und Zahlungsbefehle kamen, legte er Widerspruch ein. Die Deutsche Städtereklame hielt daraufhin ihre Forderungen nicht mehr aufrecht, mit der RWE kam es jedoch zum Prozeß. Zwischenzeitlich hat man jedoch der Ehefrau von Hubert ihren Lohn gepfändet mit der Begründung, daß sie den Widerspruch nicht mit unterschrieben habe. Als es zum Prozeß kam, konnte Hubert jedoch nicht nachgewiesen werden, daß er einen Auftrag zum Kleben erteilt habe oder selber geklebt hatte. Nach dem ersten Termin (für die Urteilsverkündung war ein neuer Termin angesetzt worden) kam der Rechtsanwalt der RWE zu Hubert und ließ durchblicken, daß er den Prozeß gewonnen habe. Dabei zeigte er seine Akten, in denen auch die der Deutschen Städtereklame waren. In dem Schreiben der RWE wurden Hubert und seine Frau als „KPD-angehörig" bezeichnet. Darauf angesprochen, erklärte der Rechtsanwalt: „Schon mal was von K 14 gehört?" Die RWE zog dann vor dem 2. Termin ihre Klage zurück. Das eingezogene Geld wurde zurückgezahlt.

PEINE

Genosse Heinrich Grimminger wurde angeklagt, weil er 1974 Flugblätter über den Polizeimord an Günter Routhier verteilt haben soll. Der Prozeß wurde bereits zweimal verschoben, mittlerweile ist bereits der dritte Richter für den Prozeß zuständig. Die bürgerliche Klassenjustiz hat sich jetzt gegen Genossen Heinrich eine ganz besondere Schikane ausgedacht. Die Vernehmung der Polizeizeugen wird nicht in Peine stattfinden, sondern in 7 Städten des Ruhrgebiets und Umgebung, „da es den Zeugen nicht zugemutet werden könne, mehr als 250 km anzureisen und länger als einen Tag von Heimat und Dienststelle fernzubleiben." Stattdessen ist der Genosse jetzt gezwungen, jedesmal mit seinem Rechtsanwalt in die betreffenden Städte zu reisen. Die erste Zeugenvernehmung wird am 13. 1. vor dem Amtsgericht Duisburg, Zi. 9, 9 Uhr stattfinden. Die weiteren Zeugenvernehmungen finden in Rheinberg, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster und Mülheim statt.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

NEUMÜNSTER

Am 27. 1. findet in Flensburg der Prozeß gegen den Genossen M. Fallet wegen „Wehrkraftzersetzung" statt. Der Genosse wird angeklagt wegen eines Flugblattes, das er als Verantwortlicher unterzeichnete, in dem das Nato-Manöver „Bold Guard" angegriffen und entlarvt wurde. Der Genosse M. Peleikis wurde vor kurzem in einer ähnlichen Anklage zu 7 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Der erste Prozeß sollte eigentlich schon im Dezember stattfinden. Durch eine breite Flugblattaktion in Neumünster wurde dieser Prozeß von der Partei vorbereitet, und viele Freunde und Genossen für den Prozeßtermin mobilisiert. Doch einen Tag vor dem Termin bekam der Genosse durch seinen Anwalt Bescheid, daß der Prozeß verlegt wurde. Begründung: „Die Akten sind verschwunden." Die Sache ist klar. Man will verschleppen und möglichst keine Zuschauer. Wer sich einmal freigenommen hat, kann es vielleicht nicht wieder. Und noch eine große Kampagne auf die Beine stellen ist nicht einfach und teuer. Die Partei wird ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung machen.

FREIHEIT FÜR DEN GENOSSEN MANFRED!

Grußadresse der Revolutionären Arbeiter-Bauernpartei der Türkei

Zum 7. Jahrestag der Gründung der KPD/ML erreichte uns folgende Grußadresse der türkischen Genossen:

An den Genossen Ernst Aust,
den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und
das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Den siebten Neugründungstag der revolutionären Partei des deutschen Proletariats im Geiste von Marx, Engels, K. Liebknecht, Luxemburg und Thälmann begrüssen wir mit den proletarisch-internationalistischen Gefühlen vom ganzen Herzen.

Die Gründung der KPD/ML und ihre Erhebung der Fahne Thälmanns ist ein Schlag dem modernen Revisionismus und eine Errungenschaft für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung.

Heute widersteht die KPD/ML den Unterdrückungen der Bourgeoisie und führt die revolutionäre Sache des deutschen Proletariats vom November-Aufstand von 1919 und vom Hamburger Aufstand von 1923 fort. Wir, die Kommunisten der Türkei, sind davon fest überzeugt, daß das deutsche Proletariat schließlich ein unabhängiges, einheitliches und sozialistisches Deutschland errichten und damit das Testament von Marx und Engels verwirklichen wird.

In der Gegenwart, wo sich die Faktoren für einen Weltkrieg vermehren, stehen Deutschland und die Türkei in den Gebieten, in denen sich die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte äußerst verschärfen. Unsere Vaterländer befinden sich gegenüber der expansionistischen Drohung einer Supermacht, die einen aggressiven Charakter hat, des sowjetischen Sozialimperialismus. Unsere Parteien kämpfen auf dem Wege der Revolution gegen die beiden Supermächte für die nationale Unabhängigkeit in denselben Reihen. Die internationalistische Verbundenheit der Kommunisten unserer beiden Länder hat tiefe Wurzeln. Die Kommunisten der Türkei kämpften beim Spartakus-Aufstand in Berlin auf den Barrikaden zusammen mit ihren deutschen Genossen Schulter an Schulter. Beim Hamburger Aufstand von 1923 schlossen sich die Matrosen und Arbeiter aus der Türkei in die Reihen ihrer Klassenbrüder. Die Verbundenheit unserer beiden Parteien schöpft ihre Kraft aus diesen kämpferischen Traditionen. Wir glauben fest daran, daß diese Verbundenheit in Kämpfen der kommenden Jahre noch mehr gestählt wird.

Unsere Partei verfolgt die Bemühungen der KPD/ML, deutsche Marxisten-Leninisten in einer bolschewistischen Partei zu vereinigen, mit großer Freude. Das erfolgreiche Ergebnis dieser Bemühungen wird den Revisionisten der D„K"P und der SED einen kräftigen Schlag versetzen und eine revolutionäre Antwort des deutschen Proletariats auf die verschärfte Unterdrükkung der deutschen Bourgeoisie werden.

Zum siebten Gründungstag der KPD/ML senden wir Eurer Partei, allen Genossen der KPD/ML und den Marxisten-Leninisten im Gefängnis kommunistische Grüsse.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Türkei, Dezember 1975.

Im Namen des Zentralkomitees der Revolutionären Arbeiter-Bauernpartei der Türkei, der Vorsitzende des ZK Hüseyin Gazi.

Hof

Ein Monat Gefängnis

Genossin Susi P. aus Hof/Bayern mußte am 2. Januar in die Jugendvollzugsanstalt in Bamberg. Sie war im April 75 zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil sie ein Flugblatt der Partei über den Polizeimord an Günter Routhier verteilt hat. Sie stellte einen Antrag auf Haftverschiebung, weil sie z. Zt. die Evang. Fachschule für Sozialarbeit besucht und ihre Weihnachtsferien nur 14 Tage dauern. Ihre weitere Ausbildung ist dadurch gefährdet, so hätte sie nach den Ferien ein 6-wöchiges Praktikum antreten müssen, um die Schule im Sommer abschließen zu können.

Es ist ihr auch nicht erlaubt, Besuche, Zeitungen bzw. Briefe zu empfangen.

Schreibt Genossin Susi. Ihre Adresse ist: Susi Petsch, Landesstrafanstalt Bamberg, 86 Bamberg, Obere Sandstr., Tel.: 0951 / 26 397

Pressemitteilung

Uns erreichte folgende Pressemitteilung von Rechtsanwalt Croissant in Stuttgart:

„Den deutschen Staatsschutzbehörden ist seit der Verbreitung der Nachricht über die Beteiligung Hans-Joachim Kleins an der Aktion in Wien bekannt, daß er Jean-Paul Sartre und mich am 4. 12. 1974 zum Stammheimer Gefängnis gefahren hat, und daß er anschließend auf der Stuttgarter Pressekonferenz anwesend war.

Diese Informationen wurden erst jetzt als Manöver der psychologischen Kriegsführung einem das Vertrauen der Staatsschutzbehörden genießenden Journalisten der Wochenzeitschrift DIE ZEIT zugespielt, um auf diese Weise der Öffentlichkeit Verbindungen der Verteidiger der Gefangenen aus der RAF zu bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen zu suggerieren. Durch psychologische Kriegsführung soll der Bevölkerung mit Hilfe der Massenmedien gerade das glauben gemacht werden, was die fieberhaft und mit allen technischen und personellen Mitteln durchgeführten Ermittlungen der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes (BKA) gerade nicht ergeben haben: das Bestehen solcher Verbindungen.

Hans-Joachim Klein hatte mich mit seiner Verteidigung in dem Ermittlungsverfahren beauftragt, in dessen Verlauf seine Wohnung in Frankfurt bei der Aktion „Winterreise" am 26. 11. 1974 durchsucht worden war."

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN

Ein älterer Kollege berichtete uns folgendes: Er hatte neulich einen ROTEN MORGEN bei uns gekauft und wollte heimfahren. Auf der Heimfahrt hatte er einen kleinen, nicht von ihm verschuldeten Unfall. Als die Polizei kam, um den Unfall aufzunehmen, wollte er den Autoschlüssel aus seiner Manteltasche holen; zu diesem Zweck legte er den Inhalt seiner Tasche auf das Dach seines Autos, darunter auch den ROTEN MORGEN. Als einer der Bullen den ROTEN MORGEN sah, rief er aus: „Auch das noch, das hat uns ja noch gefehlt." Als der Kollege hinterher seine Sachen wieder einstecken wollte, merkte er, daß der Bulle seinen ROTEN MORGEN mitgenommen hatte. Der Kollege war sehr empört darüber und meinte, das nächste Mal werde er besser aufpassen.

Rot Front! Rotgardist aus Mannheim-Ludwigshafen

GELSENKIRCHEN

Liebe Genossen!

Ich bin Krankenschwester und kürzlich haben wir uns mit Kollegen über die Funktion der „Vertrauensärzte" unterhalten. Dabei erzählte ein Kollege, der einige Jahre in Gelsenkirchen gearbeitet hatte, folgendes:

In einem Krankenhaus der Knappschaft wollte sich ein älterer Arbeiter seine Berufsunfähigkeit bescheinigen lassen und als Berufskrankheit anerkennen lassen. Der Arbeiter war wirklich sehr krank, seine beiden Söhne mußten ihn stützen, als er zum Arzt ging. Der aber sagte lediglich, er sei wohl ein bißchen schwach und er werde versuchen, für ihn eine sitzende Tätigkeit zu beantragen. Der Arbeiter war sehr empört darüber, die beiden Söhne wütend.

Auf dem Heimweg wurde dem Arbeiter schlecht, er wurde ohnmächtig. Ein Krankenwagen wurde geholt, auf dem Weg ins Krankenhaus starb der Arbeiter. Beide Söhne waren so empört, daß sie sofort wieder den „Vertrauensarzt" aufsuchten, ihm die Sache berichteten. Sie erklärten ihm, daß es eine bodenlose Unverschämtheit sei, einen alten, kranken Mann so wegzuschikken, wie er es getan habe, daß ihr Vater sein Leben lang hart gearbeitet habe und das sei nun der Dank. Sie sagten dem Arzt, daß er ein Mörder und Halsabschneider sei. Als der Arzt sie rausschmeißen wollte, waren sie endgültig sauer und verprügelten den Arzt, so daß er hinterher ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Dieser Vorfall, der schon einige Jahre zurückliegt, zeigt uns zwei Tatsachen:

1. daß die Medizin bei uns nicht zur Gesunderhaltung des Volkes dient, sondern zur besseren, kontrollierten Ausbeutung. So ist es ja auch das Ziel jeder Behandlung, den Patienten wieder „arbeitsfähig" zu machen! Krankheit ist nur dann wert zu heilen, wenn das zur „Arbeitsfähigkeit" führt.

2. Die Reaktion der beiden Jungarbeiter zeigt ganz klar, daß sie diese Funktion erkannt haben, daß ihnen aber noch die Einsicht in die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes fehlt. Hier ist unsere Aufgabe ihnen den einzigen Ausweg aus ihrer Situation zu zeigen: Die Zerschlagung des Staates, des Imperialismus unter Führung der KPD/ML und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Rot Front!

WESTBERLIN

Genossen,

zu dem Artikel: „Unterdrückung an den Unis wird verschärft", RM 52/75, S. 6 möchten wir noch folgendes anmerken.

An der TFH-Westberlin gibt es schon jetzt die Regelstudienzeit. Das Grundstudium an der TFH beträgt 4 Fachsemester. Nach 6 Fachsemestern muß das Grundstudium abgeschlossen sein. Wenn nicht, wird man nach § 22 der Fachhochschulordnung der TFH wegen Nichteignung exmatrikuliert.

Wird nun z. B. ein Student nach dem 2. Semester für 2 Jahre (4 Semester) von der Uni verwiesen, so kann er ja nicht sein Studium in der Regelstudienzeit beenden und es tritt automatisch ein Paragraph in Kraft, der ihn vom Weiterstudium ausschließt. Wurde man aber wegen Nichteignung exmatrikuliert, kann man dieses Fach in der gesamten Bundesrepublik und Westberlin nicht mehr studieren. Es kommt somit einem Berufsverbot gleich.

Ein Studium in einem anderen Fach ist angesichts des numerus clausus und daß für ein Zweitstudium kein Bafög bezahlt wird, ziemlich unwahrscheinlich.

Rot Front! KSB/ML TFH-Westberlin

Spendenübersicht 1975

KPD/ML

Bis Ende Dezember gingen auf das Vorstandskonto der KPD/ML folgende Spenden ein, die für die KPD/ML und ihre Aktivitäten bestimmt sind:

20. 6., M. K., Wuppertal	60,00
15. 7., Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin	97,00
24. 7., Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin	62,00
25. 7., Gen. aus Kiel für Wahlkampf NRW	41,60
5. 8., Sympathisantentreff Essen für den Roten Antikriegstag (RAKT) 75	13,62
5. 8., RG-Veranstaltung Essen für den RAKT 75	306,09
18. 8., M. K., Wuppertal	100,00
18. 8.. M. H., Bremen	20,00
20. 8., Gäste des „Alten Sängerheim", Hamburg	85,00
20. 8., M. u., Bochum	30,00
28. 8., RG Bremen, Veranstaltung zum RAKT 75	425,00
2. 9., Arbeitertreff Kiel-Friedrichsort	81,90
17. 9., M. K., Wuppertal	50,00
17. 9., Gen. aus Freiburg für RAKT 75	60,00
18. 9., Arbeitertreff Hamburg für RAKT 75	32,45
18. 9., Arbeitertreff Hamburg für RAKT 75	166,00
22. 9., Gen. aus Westberlin für den RAKT 75	1000,00
22. 9., Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin	180,00
22. 9., Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin	88,10
29. 9., Spende aus LV Wasserkante	1375,00
29. 9., OG Hamburg, Wahlkampf NRW	979,00
29. 9., OG Hamburg	979,00
30. 9., B. S., Zürich	95,05
3. 10., Kiel, für Wahlkampf NRW	72,92
3. 10., Gen. aus Hamburg für Wahlkampf NRW	12,00
3. 10., Gen. aus Kiel für Wahlkampf NRW	51,00
4. 11., Sammlg. auf Frankfurter Demonstr. für RAKT 75	43,00
18. 11., G. J., Bremen	20,00
24. 11., Hochzeits- und Geb.-Feier, Münster	60,00
3. 12., Tombola Kitzingen	135,00
17. 12., Veranstaltung Rüsselsheim	84,35
19. 12., Sympathisantengruppe Bonn	200,00
19. 12., Veranst. Ludwigshaf.	270,00
19. 12., Veranstaltung Ffm.	443,10

Damit wurden in diesem Zeitraum insgesamt 7818,18 DM gespendet.

Insgesamt wurden im letzten Jahr vom 1. Januar bis Mitte Dezember 24377,17 DM zur Unterstützung der Partei und ihrer Aktivitäten auf das Vorstandskonto der KPD/ML eingezahlt. Dazu kommen 16138,72 DM, die für diesen Zweck auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt wurden. Wir möchten allen Spendern an dieser Stelle für ihre Unterstützung herzlich danken.

Von den Spenden, die 1975 auf das Vorstandskonto eingezahlt wurden, sind drei bisher versehentlich nicht veröffentlicht worden:

7. 1., Münster	23,50
8. 1., Sylvesterfeier Duisburg	211,63
3. 6., Wahlkampfspende	419,00

„Solidarität"

Seit dem 1. 10. 75 wurden folgende Spenden unter dem Stichwort „Solidarität" auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML eingezahlt:

3. 10., Arbeitertreff Hamburg für die RAKT-Angeklagten	65,00
7. 10., W. H., Augsburg, f. d. Genossen in Haft	7,50
13. 10., J. B., Essen	20,00
15. 10, Stammtisch KSB/ML, Gießen	18,00
21. 10., Erlös von Postkartenverkauf	50,00
4. 11., Buchladen Roter Morgen, Westberlin	36,00
5. 11., RG Gießen für RAKT-Prozesse	100,00
6. 11., RM-Leserkreis, Flensburg, für M. Peleikis	32,00
12. 11., Gen. aus Mannheim für Routhier-Prozesse	92,50
13. 11., G. B., Düsseldorf	10,00
13. 11., F. G., Wuppertal	50,00
13. 11., F. H., Frankfurt	100,00
18. 11., G. J., Bremen	20,00
20. 11., W. K., Essen	10,00
20. 11., Veranst. Ludwigshaf.	281,32
20. 11., Arbeitertr. Hamburg-Barmbeck	40,00
25. 11., Gen. aus Würzburg	40,00
5. 12., M. S., Durach	112,50
8. 12. Kulturabend Bochum	153,00
10. 12., P. W., Immenstaad	8,50
10. 12., Erlös von Postkartenverkauf. Immenstaad	15,00
25. 11., KSB/ML Gießen	17.70

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 1279,02 DM unter dem Stichwort „Solidarität" auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML eingezahlt.

Seit dem 1. Januar 1975 wurden damit zur Unterstützung der politisch Verfolgten insgesamt bis Mitte Dezember 12001,43 DM auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML gespendet. Dazu kommen 2147,78 DM, die für diesen Zweck auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt wurden. Wir bedanken uns herzlich.

Im ROTEN MORGEN wurden folgende Spenden bisher versehentlich nicht veröffentlicht:

26. 2., Arbeitertr., Kiel-Friedrichsort	43,30
13. 8., Arbeitertreff Bochum	79,00

ROTER MORGEN

Seit Oktober gingen auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML folgende Spenden ein, die zur Unterstützung des ROTEN MORGEN bestimmt sind:

6. 10., Zeltlager Bremen	25,88
6. 10., Besucher des Parteibüros, Bremen	268,75
8. 10., AP-Trupp-Treff, LV Wasserkante	27,00
17. 10., Arbeitertr. Kiel-Friedrichsort	52,60
4. 11., Arbeitertr. Kiel-Friedrichsort	23,13
10. 11., J. C., Neu Isenburg	15,00
19. 12., Leserunde Neu-Kölln, Westberlin	240,00

Insgesamt sind in diesem Zeitraum DM 652,36 zur Unterstützung des ROTEN MORGEN auf das Vorstandskonto der KPD/ML eingezahlt worden. Wir bitten unsere Leser bei dieser Gelegenheit noch einmal darum, Spenden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN einzuzahlen. Alle anderen Spenden — für die Partei und ihre Aktivitäten, für die Unterstützung politisch Verfolgter, für Kambodscha usw. — bitte mit dem entsprechenden Stichwort versehen auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML überweisen.

„Kambodscha und Vietnam"

Seit Oktober gingen auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML folgende Spenden unter dem Stichwort „Kambodscha und Vietnam" ein:

8. 10., Polterabend in Bremen	121,65
9. 10., H. H., Gelsenkirchen	10,00
9. 10., W. K., Essen	12,00
10. 10., J. B., Bochum	10,00
27. 10., Buchladen Roter Morgen, Kiel	42,06
4. 11., Buchladen Roter Morgen, Westberlin	10,00
17. 12., B. M., Mannheim	17,00

In diesem Zeitraum wurden also insgesamt 222,71 DM Spenden für Kambodscha und Vietnam auf das Konto des Vorstandes eingezahlt.

Folgende früher eingegangene Spenden für diesen Zweck wurden bisher versehentlich nicht im ROTEN MORGEN abgedruckt:

22. 5., H. S. u. H. K., Mannh.	250,00
26. 6., RM-Lesekreis, Rüsselsheim	50,00
7. 7., Siegesfeier, Kiel	88,20

(Wird fortgesetzt).

Radio Tirana interviewt Genossen Ernst Aust

Anläßlich des Besuchs einer Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten unter Führung des Genossen Ernst Aust in Albanien im Dezember letzten Jahres sendete Radio Tirana ein Interview mit Genossen Ernst Aust, das wir im Folgenden abdrucken.

„Die schwere wirtschaftliche Krise, die die ganze westliche Welt erfaßt hat, wirkt sich auch auf Westdeutschland aus und erschüttert das Leben in allen Bereichen. Es ist für Westdeutschland die schwerste Krise seit Anfang der fünfziger Jahre. Hielt sich die 1967/68er Krise, infolge der guten Exportlage der westdeutschen Wirtschaft, noch in Grenzen, so trifft uns heute, da die westlichen kapitalistischen Länder ebenfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und die Importe beschränken, die Krise mit voller Kraft. Die Folgen: weit über eine Million Arbeitslose, Hunderttausende Kurzarbeiter, Lohnraub, verschärfte Rationalisierung und Arbeitshetze in den Betrieben, Ruinierung zig-tausender kleiner und mittlerer Firmen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß in den nächsten Jahren die Zahl der Arbeitslosen die Millionengrenze wesentlich unterschreiten wird. Sicher aber ist, daß sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter vertieft, daß sich die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche weiter verschärfen. Das erkennt auch die Bourgeoisie.

Um dem wachsenden Widerstand der Werktätigen Herr zu werden, treibt sie den Prozeß der Faschisierung voran, erläßt sie Gesetze und Verordnungen, um die wenigen vom Volk erkämpften demokratischen Rechte weiter einzuschränken. So läuft ein neues geplantes Gesetz auf das völlige Verbot der Propagierung bzw. Berichterstattung über Widerstandsaktionen der Werktätigen wie Streiks, Demonstrationen usw. hinaus. Ständig erweitert die Bourgeoisie ihren staatlichen Unterdrückungsapparat, Geheimdienst, Polizei und Militär, verschärft sie die Unterdrückung und Verfolgung der Werktätigen. Ihr besonderer Haß gilt dabei der Vorhutpartei des deutschen Proletariats, der KPD/ML. Entlassung von kommunistischen Arbeitern aus den Betrieben, kommunistischen Lehrern aus den Schulen, Verhängung von Geldstrafen, die bezüglich der Genossen der Partei schon weit über eine halbe Million DM betragen, Prozesse, Gefängnisstrafen, bis hin zum Arbeitermord. Das ist heute das Gesicht der herrschenden Klasse.

Beständig bemüht sich die Partei, ihre Verbindungen zu den Volksmassen zu vertiefen und zu festigen, wobei ihre besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet ist, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit liegt in den Betrieben. Neben ihrem Zentralorgan, dem „Roten Morgen", gibt die Partei über hundert Betriebszeitungen heraus. Sie greift entsprechend ihren Möglichkeiten in die Kämpfe der Arbeiterklasse ein und organisiert eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit dem Ziel, die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu isolieren, um die Tageskämpfe zu einer Schule der Revolution zu machen. Mit der Massenorganisation Rote Hilfe Deutschlands hat sie eine Organisation geschaffen, die durch ihre aktive Solidarität die von der Bourgeoisie verfolgten Arbeiter und Genossen unterstützt. Die besondere Aufmerksamkeit der Partei richtet sich auf die werktätige und lernende Jugend. Über ihre Jugendorganisation, Rote Garde, unterstützt sie die Kämpfe der Jugend in den Betrieben, Kasernen und Schulen und versucht sie im Geiste der revolutionären Kampftradition der deutschen Arbeiterklasse zu erziehen. Obwohl die Zahl der Bauern in Westdeutschland nur noch 9% der Bevölkerung ist, bleiben sie jedoch nach wie vor der engste und wichtigste Bündnispartner des Proletariats. So wie die Partei neben den Betriebszeitungen Stadtteilzeitungen, Zeitungen für die Jugend, die Soldaten hat, erscheinen auch Zeitungen für die werktätigen Bauern, greift sie mit Flugblättern in ihre Kämpfe ein, auch wenn es auf diesem Gebiet noch große Mängel gibt.

Aus der Schwerpunktarbeit in den Betrieben ergibt sich, daß der Anteil der Arbeiter und auch der unteren Angestellten ständig wächst. Er beträgt schon heute über 70%. Ständig bemüht sich die Partei, den Anteil der Arbeiter zu verbessern. Besonderen Wert legt die Partei auf die kontinuierliche Heranbildung proletarischer Kader. Die Leitung der Partei auf allen Ebenen besteht heute überwiegend aus Proletariern.

Auf deutschem Boden stehen sich beide Supermächte schwerbewaffnet gegenüber, der sowjetische Sozialimperialismus in der DDR, der USA-Imperialismus in Westdeutschland. Die imperialistische Propaganda versucht, durch Friedens- und Entspannungsphrasen von der wachsenden Kriegsgefahr abzulenken. Dabei werden sie in Deutschland von den modernen Revisionisten unterstützt. Unsere Partei tritt dieser Propaganda entgegen und entlarvt die aggressiven Pläne und Ziele der beiden Supermächte. Dabei muß besonders Gewicht auf die Entlarvung des sowjetischen Sozialimperialismus gelegt werden, weil dieser von den modernen Revisionisten als sozialistisch und friedliebend hingestellt wird. Aufgrund dieser betrügerischen Propaganda haben breite Teile der Werktätigen den aggressiven Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus noch nicht so erkannt, wie den des USA-Imperialismus. Unsere Partei sagt, daß die beiden Supermächte und ihre aggressiven Militärblöcke dort bekämpft werden müssen, wo sie stehen. Sie bekämpft auch die Illusion, daß man sich auf die eine Supermacht gegen die andere stützen kann. In Westdeutschland unterstützt sie die Kämpfe gegen die Stationierung der US-Truppen, wobei sie gleichzeitig dafür kämpft, die Wachsamkeit des Volkes gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus zu erhöhen."

52. Todestag des Genossen W. I. Lenin



Am 21. Januar jährt sich zum 52. Mal der Todestag von W. I. Lenin, dem großen Marxisten-Leninisten und Führer des Weltproletariats.

Ehre seinem Andenken

Am Abend des 24. Dezember starb in Lyon Genosse André Cuisinier, Mitarbeiter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten, an einem Verkehrsunfall.

Genosse André Cuisinier, Ehemann von Genossin Camille Granot, wurde 1945 als Sohn einer armen proletarischen Familie geboren. Er erkannte, daß die Schwierigkeiten und Leiden seiner Familie das Los aller armen Bauern und der Arbeiterklasse sind. So kämpfte er schon in jungen Jahren gegen die tiefe Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems und beschloß, sein Leben in den Dienst des Volkes zu stellen. 1968 wurde Genosse André Cuisinier Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten.

Der Tod des Genossen André bedeutet einen schmerzlichen Verlust für die KPF/ML. Genosse Henri Jour, Chefredakteur von L'Humanité Rouge, würdigte bei der Beerdigung des Genossen in einer kurzen Ansprache seine Verdienste im Kampf für die Befreiung der französischen Arbeiterklasse und des gesamten französischen Volkes. Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Wir sind erschüttert, aber wir fordern alle unsere Genossen, die hier zahlreich erschienen sind, auf, ihren Schmerz gemäß unseren revolutionären Ansichten in revolutionäre Kraft zu verwandeln und die Anstrengungen zu verdoppeln, um das Ziel zu erreichen, dem André . . . sein Leben geweiht hat."

Wütende Angriffe der "Roten Fahne" gegen unsere Partei

Opportunismus und Spaltertätigkeit haben keine Chance

In seiner Grußadresse zum neuen Jahr, die im ROTEN MORGEN vom 3. Januar 1976 veröffentlicht wurde, hat das Zentralkomitee unserer Partei eine Reihe wichtiger Erfahrungen des zurückliegenden Kampfjahres zusammengefaßt. Unter anderem wurde auf der Grundlage der Ergebnisse des November-Plenums des Zentralkomitees entwickelt, daß der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in Westdeutschland ist. In dieser Frage war in verschiedenen Dokumenten unserer Partei faktisch die falsche Auffassung verbreitet worden, auch in Westdeutschland müßten in erster Linie die beiden Supermächte und erst in zweiter Linie der westdeutsche Imperialismus bekämpft werden.

,,Opportunistischer Kurswechsel der KPD/ML-Führung", überschreibt die ,,Rote Fahne", Zentralorgan der GRF (KPD), eine wütende Polemik gegen diese Ausführungen unseres Zentralkomitees. Wir wollen im folgenden noch einmal die korrekte marxistisch-leninistische Linie unserer Partei im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erläutern und die falschen, opportunistischen Auffassungen, wie sie in immer stärkerem Maße in der ,,Roten Fahne" und in Dokumenten des Zentralkomitees der GRF propagiert werden, zurückweisen.

In dem erwähnten Artikel der ,,Roten Fahne" wird erneut die Auffassung vertreten, auch in Westdeutschland müsse der russische Sozialimperialismus als Hauptfeind bekämpft werden. Bereits in der Erklärung des Zentralkomitees der GRF ,,Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!", wird erläutert, welche Konsequenz sich aus dieser Auffassung ergibt. Dort heißt es: *,,In der DDR muß der bewaffnete Kampf zur Abschüttelung des sozialimperialistischen Jochs geführt werden, bei gleichzeitiger Zurückweisung aller Einmischungsversuche der anderen Supermacht. In der BRD muß die Wachsamkeit gegenüber den Aggressionsabsichten des Sozialimperialismus erhöht werden."* (RF, 6. Jg., Nr. 45, S. 9). Das ist in der Tat eine Patentlösung: Die Genossen in der DDR sollen zu den Waffen greifen, aber wir müssen uns leider darauf beschränken, eine ,,Propagandalinie" zu entwickeln, um die Wachsamkeit gegenüber dem russischen Sozialimperialismus zu erhöhen.

Die Erklärung des ZK der GRF verbietet es ausdrücklich, in Westdeutschland neben der Propagandatätigkeit gegen den russischen Sozialimperialismus vor allem die Feinde zu bekämpfen, die in Westdeutschland der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk unmittelbar gegenüberstehen. So heißt es in der Erklärung zum US-Imperialismus: *,,Es ist falsch, in der DDR vor allem den Sozialimperialismus und in der BRD vor allem den US-Imperialismus zu bekämpfen."* Mit anderen Worten: Auch in Westdeutschland muß man den russischen Sozialimperialismus mehr und stärker bekämpfen als den US-Imperialismus. Das wirft natürlich Probleme auf. Die Möglichkeiten, den Sozialimperialismus in Westdeutschland zu bekämpfen, beschränken sich darauf, eine allgemeine Propagandatätigkeit zur Entlarvung des russischen Sozialimperialismus zu entfalten, konkrete Versuche der Sozialimperialisten, ihren Einfluß in Westdeutschland zu vergrößern, zu bekämpfen, Maßnahmen der westdeutschen Regierung zu bekämpfen, die objektiv den aggressiven Zielen der Neuen Zaren im Kreml dienen und dem prosowjetischen Treiben der modernen Revisionisten und Trotzkisten entgegenzutreten. **Das sind sehr wichtige Aufgaben, und es liegt uns fern, ihre Bedeutung herabzusetzen.** Aber bei der Beschränktheit der Möglichkeiten des praktischen Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus in Westdeutschland kommt man nicht darum herum, praktisch eine weitgehende Einstellung des Kampfes gegen den US-Imperialismus in Westdeutschland zu propagieren, wenn man durchsetzen will, daß auch in Westdeutschland der russische Sozialimperialismus stärker bekämpft werden soll als der US-Imperialismus. Folgerichtig hieß es auch in der ,,Roten Fahne". (6. Jg., Nr. 28, S. 7): *,,Wir erziehen die Volksmassen also im praktischen Kampf, daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können, so verhaßt der USA-Imperialismus ihnen auch ist . . ."* Und im Auftrag des Politbüros der GRF unterstreicht ZK-Mitglied E. B. in seinem bereits zitierten Artikel noch einmal: *,,Taktisch als Aktionslosung heute den Abzug der USA-Truppen aus Westdeutschland (oder sogar ganze Westeuropa) zu fordern, wie das die KPD/ML nach wir vor tut, dient nicht dem antiimperialistischen Kampf, sondern den Vorherrschaftsplänen des russischen Sozialimperialismus."* Unsere Partei ist nicht erst mit der Grußadresse des Zentralkomitees zum neuen Jahr diesen opportunistischen Auffassungen der GRF entgegengetreten. In der Grußadresse wurde lediglich die von Anfang an korrekte Position unserer Partei in dieser Frage noch einmal zusammengefaßt: ***,,Entschieden muß auch die Auffassung bekämpft werden, im Interesse des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus sei die Anwesenheit der US-Besatzertruppen in Westdeutschland notwendig, Kämpfe für die Vertreibung der US-Truppen seien im Interesse des russischen Sozialimperialismus usw. Unsere Partei hat dagegen richtig an der Auffassung festgehalten, daß die Kämpfe gegen die US-Truppen gerecht und revolutionär sind, daß es die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, diese Kämpfe zu unterstützen und in sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen beide Supermächte hineinzutragen. Unsere Partei hat richtig festgestellt, daß man sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus in keiner Weise auf den US-Imperialismus stützen kann, sondern daß beide Supermächte in der gleichen Weise bekämpft werden müssen."***

Und auch im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus muß die GRF nach den Ausführungen ihres Zentralkomitees und der ,,Roten Fahne" äußerste Zurückhaltung üben. So greift ZK-Mitglied E. B. unsere Partei scharf an, weil wir *,,die Bourgeoisien der zweiten Welt umstandslos wieder der Weltreaktion zuschlagen"*. In seinen Augen bedeutet das: *,,So schlägt die KPD/ML die Tür zum Kampf um das breiteste antihegemonistische Bündnis zu, bevor sie sie wirklich geöffnet hätte."* Die Bedeutung dieser Worte sollten sich alle Genossen und Freunde der GRF sehr gut überlegen. Nach Ansicht des Zentralkomitees der GRF gehört die westdeutsche Monopolbourgeoisie also nicht zur Weltreaktion. Sie ist folglich nicht reaktionär und darf folglich nicht bekämpft werden. Offensichtlich ist die westdeutsche Monopolbourgeoisie zu einer fortschrittlichen Kraft geworden und die KPD/ML fügt der Sache des Fortschritts großen Schaden zu, wenn sie diese fortschrittliche Kraft zurückweist, ein Bündnis mit ihr ablehnt. Das sind klare Worte. So klar wurde es bislang nicht formuliert.

Zusammengefaßt geben die ,,Rote Fahne" und das ZK der GRF also folgende taktische Linie aus: Mit dem westdeutschen Imperialismus wird ein Bündnis angestrebt, er wird nur insoweit bekämpft, als er sich an die Supermächte bindet oder die Kraft der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen im Kampf gegen die Supermächte schwächt. Der US-Imperialismus darf taktisch nicht bekämpft werden. Als Hauptfeind wird der russische Sozialimperialismus bekämpft. Die chinesischen Genossen haben in der letzten Zeit wiederholt davor gewarnt, daß,während der Wolf US-Imperialismus durch den Kampf der Völker zur Vordertür hinausgeworfen wird, der Tiger Sozialimperialismus sich durch die Hintertür einschleicht. **Die GRF dagegen will den Wolf im Land lassen und abwarten, bis der Tiger durch die Hintertür hereinkommt.** Dieser absurden Position liegen falsche Auffassungen zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und zur internationalen Lage und zur Einschätzung der besonderen Bedingungen der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten zugrunde, auf die wir im folgenden eingehen wollen.

Verfälschung der Generallinie, falsche Auffassung zur internationalen Lage

In dem Diskussionsbeitrag unserer Partei zu den Gesprächen mit der GRF haben wir in kurzer und knapper Form dargelegt, was wir als die wesentlichsten Bestandteile der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung erachten. Wir stellten in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der chinesischen Genossen zur Generallinie fest: ***,,Die revolutionären Prinzipien der heutigen kommunistischen Generallinie sind kurz gesagt folgende: Proletarier aller Länder vereinigt Euch; Proletarier aller Länder, vereinigt Euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt die sozialistischen Länder: realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem.***

Unserer Ansicht nach ist das die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe." (S. 4) Diese revolutionären Prinzipien, von denen die KP Chinas erklärte, daß sie insgesamt die Generallinie der internationalen Generallinie der kommunistischen Weltbewegung darstellen, tauchen in der zu den Gesprächen mit unserer Partei vorgelegten Erklärung des ZK der GRF nicht zusammenhängend auf. Sie werden allerdings unter den einzelnen Punkten, in denen das ZK der GRF die seiner Ansicht nach wichtigsten Bestandteile der Generallinie zusammenzufassen versuchte, angesprochen. **Dabei wird das Prinzip *,,bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern"* weggelassen.** Auf diese Weise soll gerechtfertigt werden, daß die GRF heute für alle Länder der zweiten Welt nur noch den Kampf gegen die beiden Supermächte als Hauptaufgabe propagiert.

In dem Diskussionsbeitrag unserer Partei wird ferner festgestellt: *,,Was sind die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind der Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:*

,,. . . Der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Impüerialismus und Sozialimperialismus andererseits.' (Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCh)."

In der Erklärung des ZK der GRF dagegen wird mit keinem Wort auf die grundlegenden Widersprüche eingegangen. Stattdessen wird hauptsächlich die Theorie der drei Welten zur Grundlage der Ausführungen über die Generallinie gemacht. **Die Theorie der drei Welten ersetzt aber keineswegs die grundlegenden Widersprüche, sondern beschreibt das internationale Kräfteverhältnis, das durch die Entwicklung der grundlegenden Widersprüche in der Welt entstanden ist.** In diesem Zusammenhang wird klar, warum der Artikel in der ,,Roten Fahne" ,,Opportunistischer Kurswechsel der KPD/ML-Führung" damit beginnt, unserer Partei vorzuwerfen, wir hätten bei der Erörterung der Generallinie im Diskussionsbeitrag unserer Partei nicht genug die Bedeutung des Kampfes der Länder der zweiten Welt hervorgehoben. Die Rolle der zweiten Welt wird an zwei Stellen unseres Diskussionsbeitrages sehr klar und sehr deutlich hervorgehoben. Aber darum geht es der ,,Roten Fahne" nicht. Sie möchte vielmehr als Bestandteil der Generallinie anerkannt haben, daß — wie es ihr ZK-Mitglied E. B. formulierte — die Monopolbourgeoisien der zweiten Welt nicht der Weltreaktion zugeschlagen werden dürften. **Mit anderen Worten: Mit Hilfe der Theorie der drei Welten soll der grundlegende Widerspruch Proletariat — Bourgeoisie verwischt werden.** Das ist allerdings eine opportunistische Verfälschung der Generallinie.

Wir wollen noch auf eine weitere falsche Auffassung der ,,Roten Fahne" zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung eingehen. In dem Artikel des ZK-Mitglieds E. B. heißt es: *,,1963 schrieben die chinesien Genossen in ihrem Vorschlag zur Generallinie: ,In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des US-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen, richten.' Davon ausgehend und die Weiterentwicklung der internationalen Lage seit 1963 berücksichtigend, müssen die marxistisch-leninistischen Parteien heute ihre Strategie und Taktik im nationalen Maßstab bestimmen."* Aus diesen Ausführungen soll geschlossen werden, daß heute in **allen** Ländern der zweiten Welt, die natürlich alle in gewisser aber zum Teil auch sehr verschiedener Weise von einer der beiden Supermächte kontrolliert werden oder in Gefahr sind, dieser Kontrolle unterworfen zu werden, der Kampf in erster Linie gegen die beiden Supermächte gerichtet werden muß. **Auch unsere Partei hat in dem Artikel des Präsidiums *,,Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?"* diese falsche Auffassung in der gleichen Weise begründet.** Diese Argumentation gibt aber nicht korrekt die damalige Auffassung der chinesischen Genossen wieder. In ihrem Vorschlag zur Generallinie vertraten die chinesischen Genossen keineswegs die Ansicht, daß in allen kapitalistischen und imperialistischen Ländern der Kampf in erster Linie gegen den US-Imperialismus gerichtet werden mußte. Es wurde an anderer Stelle sogar ausdrücklich von **bestimmten** entwickelten kapitalistischen Ländern gesprochen, in denen das der Fall ist (vgl. Polemik, S. 99). Nur eine konkrete Analyse in jedem Land kann damals wie heute die Frage entscheiden, wer die Feinde der sozialistischen Revolution sind und wer der Hauptfeind ist.

Wie ist die Lage in Deutschland?

In dem Diskussionsbeitrag unserer Partei zu den Gesprächen mit der GRF heißt es: ***,,Sowohl in Westdeutschland als auch in der DDR befindet sich der Kapitalismus im imperialistischen Stadium. In beiden deutschen Staaten ist der Hauptwiderspruch demnach der zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Dieser Hauptwiderspruch ist nur durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu lösen."*** Wegen dieser Feststellung greift uns die ,,Rote Fahne" nun an und behauptet, unsere Partei würde die politische Bedeutung der nationalen Frage leugnen. Dazu ist zu sagen, daß unsere Partei schon in ihrer Gründungserklärung die Bedeutung der nationalen Frage verankert hat. Unter anderem deswegen wurde unsere Partei in der ,,Roten Fahne" früher des ,,kleinbürgerlichen Antikommunismus" bezichtigt. Im Dezember 1973 verabschiedete das Zentralkomitee unserer Partei die programmatische Erklärung *,,Deutschland dem deutschen Volk!"*. Von einer Leugnung der Bedeutung der nationalen Frage durch unsere Partei kann keine Rede sein.

In der ,,Roten Fahne" werden Lenin-Zitate angeführt, in denen die Bedeutung der nationalen Frage auch in entwickelten kapitalistischen Ländern dargelegt ist. Aber aus diesen Zitaten geht eben keineswegs hervor, was die ,,Rote Fahne" eigentlich beweisen will, daß auch in einem imperialistischen Land die nationale Frage den Hauptwiderspruch bilden kann. Im Gegenteil: Wenn die Autoren der ,,Roten Fahne" die von ihnen zitierte Schrift Lenins ,,Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht (Thesen)" wirklich studiert hätten, hätten sie feststellen können, daß Lenin bezüglich der Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen auf folgendes hinweist: ***,,. . . auf die Notwendigkeit, den Kampf für diese sowie für alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie dem unmittelbaren revolutionärem Massenkampf für die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung und für die Verwirklichung des Sozialismus unterzuordnen."* (Werke 22, S. 158). Gerade aus den Ausführungen Lenins folgt also, daß der Kampf für die nationalen Interessen in einem kapitalistischen und imperialistischen Land dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet werden muß, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie den Hauptwiderspruch bildet.**

Dagegen wird in der ,,Roten Fahne" erneut folgende Auffassung aus der Erklärung des ZK der GRF zitiert: *,,In beiden Teilen Deutschlands gilt es, in erster Linie gegen die beiden Supermächte, insbesondere gegen den Sozialimperialismus, dann aber auch gegen die einheimische Bourgeoisie zu kämpfen. In Deutschland, in der BRD und in der DDR, wirken gegenwärtig zwei hauptsächliche Widersprüche: der nationale und der Klassenwiderspruch. In der DDR ist heute bereits der Widerspruch zum russischen Sozialimperialismus der Hauptwiderspruch."*

Gehen wir zunächst auf die Ausführungen zur Situation in der DDR ein. Richtig ist, daß in der DDR der russische Sozialimperialismus der Haupt-

Fortsetzung auf Seite 10

Opportunismus und Spaltertätigkeit haben keine Chance

Fortsetzung von Seite 9

feind ist. In der Grußadresse unseres Zentralkomitees heißt es dazu: ***,,Heute schätzt das Zentralkomitee die Situation in der DDR so ein, daß die neue Bourgeoisie so stark unter der Kontrolle des russischen Sozialimperialismus steht, daß die russische Monopolbourgeoisie die eigentliche herrschende Klasse in der DDR ist.***" Infolgedessen hat die Arbeiterklasse in der DDR die Aufgabe, durch die gewaltsame sozialistische Revolution die Herrschaft des russischen Sozialimperialismus und der neuen Bourgeoisie zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten. Wenn aber, wie das ZK der GRF meint, der nationale Widerspruch den Hauptwiderspruch in der DDR bilden würde, wäre das strategische Ziel die Erringung der nationalen Unabhängigkeit vom Sozialimperialismus. ***,,Qualitativ verschiedene Widersprüche können nur mit qualitativ verschiedenen Methoden gelöst werden. So ist zum Beispiel der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit der Methode der sozialistischen Revolution zu lösen . . Der Widerspruch zwischen den Kolonien und dem Imperialismus ist mit der Methode des revolutionären nationalen Krieges zu lösen.***"(Mao Tsetung, Über den Widerspruch, Werke Bd. 1, S. 377). Auch der heldenhafte Kampf der polnischen Arbeiterklasse, der in dem Artikel der ,,Roten Fahne" angesprochen wird, war ein Aufstand für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, der sich sowohl gegen die polnische neue Bourgeoisie als auch gegen den russischen Sozialimperialismus richtete.

Natürlich ist es so, daß in der DDR die nationale Frage als Nebenwiderspruch eine sehr bedeutende Rolle spielt. In den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen auch die ,,eigene" Bourgeoisie unterdrückt ist und in denen die eigentlich herrschende Klasse eine ausländische Monopolbourgeoisie ist, kann die sozialistische Revolution sogar die **Form** des nationalen Befreiungskampfes annehmen. **Wesen und Inhalt dieser Revolution aber sind sozialistisch, ihr strategisches Ziel beschränkt sich nicht auf die Erringung der Unabhängigkeit, sondern besteht in der Errichtung der Diktatur des Proletariats.**

Sehr konfus sind die Ausführungen, die das ZK der GRF zur Situation in Westdeutschland macht. Hier will es sich erst gar nicht auf einen Hauptwiderspruch festlegen, sondern erklärt, daß es **zwei** hauptsächliche Widersprüche gibt. ***,,Im Entwicklungsprozeß eines komplexen Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets einer der Hauptwiderspruch ist.***" (Mao, Bd. 1, S. 388). So verstößt die Behauptung des ZK der GRF von den zwei hauptsächlichen Widersprüchen gegen den dialektischen Materialismus. Aber auch in sich sind die Ausführungen des ZK der GRF vollkommen verworren. Auf der einen Seite beharrt es auf der Existenz von zwei hauptsächlichen Widersprüchen, während es gleichzeitig wütend verteidigt, daß einzig und allein der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind in Westdeutschland sein kann. Würde das ZK der GRF seine Behauptung von den zwei hauptsächlichen Widersprüchen konsequent weiterverfolgen, müßte es logischerweise auch die Behauptung von zwei Hauptfeinden aufstellen, denn ausgehend vom ,,*hauptsächlichen Widerspruch*" zwischen Proletariat und Bourgeoisie läßt sich die Behauptung vom russischen Sozialimperialismus als Hauptfeind für Westdeutschland ja wohl kaum aufrechterhalten.

Das ZK der GRF macht mit der Behauptung von den zwei hauptsächlichen Widersprüchen also gar nicht ernst. Es scheut sich lediglich, unmißverständlich zu erklären, daß seiner Ansicht nach auch in Westdeutschland der nationale Widerspruch der Hauptwiderspruch ist. **Im Grunde geht das ZK der GRF davon aus, daß die Revolution in Deutschland eine eigenständige Etappe mit dem strategischen Ziel der Erringung der nationalen Unabhängigkeit kennt, auch wenn es das Kind nicht beim Namen nennt.** Weil das ZK der GRF und die ,,Rote Fahne" alle Fragen vom Standpunkt des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit betrachtet und nicht vom Standpunkt der sozialistischen Revolution, erscheint ihnen die westdeutsche Monopolbourgeoisie nicht mehr als Teil der Weltreaktion, sondern als möglicher Bündnispartner, die Anwesenheit von 200000 US-Soldaten in Westdeutschland als taktischer Vorteil im Kampf gegen den Sozialimperialismus und der Kampf gegen die imperialistische Bundeswehr als prosozialimperialistisch (,,Weg von der Zersetzungslinie! . . . je schwächer die Bundeswehr, desto besser für den Sozialimperialismus." RF 31/75, S. 5).

Hält man aber an der leninschen Auffassung fest, daß in einem imperialistischen Land die sozialistische Revolution strategisch auf der Tagesordnung steht, daß alle anderen Fragen, einschließlich der nationalen, den Interessen der sozialistischen Revolution unterzuordnen sind, sieht die Sache vollständig anders aus. Dann müssen wir, wie es auch die Grußadresse unseres Zentralkomitees betont, von einer konkreten Analyse der wirklichen Klassenverhältnisse ausgehen, um die Bündnispartner der Arbeiterklasse und die Feinde der sozialistischen Revolution in unserem Land richtig zu bestimmen.

Die konkrete Analyse der Situation in einem Land darf dabei nicht national borniert sein, sondern muß der internationalen Entwicklung Rechnung tragen. Anderseits ist es aber eben nicht so, daß die Analyse der internationalen Lage die Analyse der besonderen Situation in einem bestimmten Land überflüssig macht. **Der dialektische Materialismus lehrt uns, daß die äußeren Bedingungen nur vermittels der inneren Widersprüche wirken.** Die Verbindung der Analyse der internationalen Lage mit der Analyse der Verhältnisse in einem bestimmten Land kann darum keineswegs so aussehen, daß man den Hauptwiderspruch im Weltmaßstab zwischen den unterdrückten Nationen einerseits und dem Imperialismus, besonders den beiden Supermächten, andererseits auch zum Hauptwiderspruch in einem imperialistischen Land erhebt oder daß man die Rolle der 2. Welt derart auf die Rolle der Monopolbourgeoisie in einem imperialistischen Lande anwendet, daß sie nicht mehr als Todfeind des Proletariats, sondern als schwankender Bündnispartner ausgegeben wird.

Für Westdeutschland trifft das Zentralkomitee unserer Partei in seiner Grußadresse zum neuen Jahr folgende Feststellung: ***,,Gegenwärtig wird die Arbeiterklasse in Westdeutschland in erster Linie vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt, in zweiter Linie vom US-Imperialismus.***" Dazu der Kommentar der ,,Roten Fahne": *,,In dritter Linie vom britischen Imperialismus, in vierter Linie vom französischen Imperialismus . . . in fünfzehnter Linie vom luxemburgischen Kapitalismus* (. . .) *könnte man da hinzufügen.*" Während die ,,Rote Fahne" völlig zu Recht alles, was der Vergrößerung des Einflusses des russischen Sozialimperialismus in Westdeutschland dienen könnte, größte Bedeutung beimißt, erntet die Erwähnung des Einflusses des US-Imperialismus in Westdeutschland bei ihr nur einen Lacherfolg. Die ,,Rote Fahne" vermag keinen qualitativen Unterschied zwischen der Rolle des US-Imperialismus und des luxemburgischen Kapitals in Westdeutschland zu entdecken. Rund 13% des Kapitals in Westdeutschland ist US-Kapital. Damit beherrscht der US-Imperialismus strategisch äußerst wichtige Bereiche der westdeutschen Wirtschaft. Der US-Imperialismus hat 200000 Soldaten in Westdeutschland stationiert und ist in der Lage, diese Truppenstärke binnen kürzester Zeit beträchtlich zu steigern. Die Nato-Verträge mit dem westdeutschen Imperialismus räumen dem US-Imperialismus mehr Rechte ein als vergleichbare Verträge mit anderen Nato-Ländern. Es geht also nicht nur darum, daß der US-Imperialismus Kapitalinteressen in Westdeutschland hat, die westdeutsche Monopolbourgeoisie verfügt auch keineswegs über das Gewaltmonopol in Westdeutschland, sondern muß es sich mit den US-Imperialisten teilen. Die Frage, was passieren würde, wenn die westdeutschen Imperialisten ernsthaft versuchen würden, dem US-Imperialismus die Gefolgschaft aufzukündigen, ist keinesfalls entschieden. **Man muß wohl davon ausgehen, daß die US-Truppen nicht umsonst in Westdeutschland stationiert sind. Was die Präsenz des US-Imperialismus in Westdeutschland von der des britischen, französischen Imperialismus oder gar des luxemburgischen Kapitals unterscheidet, ist eben die Tatsache, daß der US-Imperialismus die Macht hat, diese Präsenz auch gegen den Willen der westdeutschen Imperialisten aufrechtzuerhalten.** Der US-Imperialismus ist eben — die ,,Rote Fahne" vergißt es hin und wieder — eine imperialistische Supermacht. Deshalb ist es notwendig festzustellen, daß obwohl in Westdeutschland die westdeutsche Monopolbourgeoisie die herrschende Klasse ist, die westdeutsche Arbeiterklasse und die westdeutschen Werktätigen auch vom US-Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden. Im Falle eines Aufstandes der werktätigen Massen in Westdeutschland wird neben dem westdeutschen Imperialismus der US-Imperialismus mit Sicherheit antreten, um den Aufstand niederzuschlagen. Selbstverständlich ist in einer solchen Situation die Gefahr besonders groß, daß zusätzlich der russische Sozialimperialismus militärisch eingreift, um die Revolution im Blute zu ersticken und sein Herrschaftsgebiet auszudehnen.

Während die ,,Rote Fahne" den US-Imperialismus in geradezu absurderweise mit Luxemburg auf eine Stufe stellt, wirft sie unserer Partei vor, wir würden die Rolle des russischen Sozialimperialismus in Westdeutschland verharmlosen. Jeder kann sich anhand der Ausführungen des Zentralkomitees unserer Partei vom Gegenteil überzeugen. In der Grußadresse heißt es: ***,,Der russische Sozialimperialismus dagegen, der der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der DDR ist, ist an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in Westdeutschland kaum unmittelbar beteiligt. Aber von ihm geht eine äußerst starke Bedrohung für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in Westdeutschland aus. Er ist neben dem US-Imperialismus gegenwärtig der Hauptkriegstreiber, er hält einen Teil Deutschlands besetzt und hält gemeinsam mit dem US-Imperialismus, dem westdeutschen Imperialismus und der Honecker-Clique die Spaltung der deutschen Nation aufrecht, er bedroht Westdeutschland. Deshalb ist es unsere Aufgabe, im Kampf für den Sturz des westdeutschen Imperialismus und die Vertreibung des US-Imperialismus die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zur größten Wachsamkeit gegenüber dem aggressiven russischen Sozialimperialismus zu erziehen und den russischen Sozialimperialisten überall entschlossen entgegenzutreten, wo sie versuchen, ihren Fuß nach Westdeutschland zu setzen und ihren Einfluß hier zu vergrößern. Das Zentralkomitee ist der Auffassung, daß wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus sogar noch verstärken müssen.***"

Es ist schleierhaft, wie die ,,Rote Fahne" aus dieser Erklärung unseres Zentralkomitees den Schluß ziehen kann, unsere Partei wolle den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf den ,,Sankt Nimmerleinstag" verschieben. Genauso wenig können wir uns erklären, was die ,,Rote Fahne" veranlaßt, die in der Grußadresse unseres Zentralkomitees enthaltene Bestimmung der Feinde der sozialistischen Revolution in Westdeutschland ausgerechnet als ,,ökonomistisch" zu bezeichnen. Es erweckt den Anschein, als solle hier als ökonomistisch verleumdet werden, was in Wirklichkeit materialistisch ist, um so subjektivistisch Spekulationen Tür und Tor zu öffnen.

Spekulation ist es, wenn man heute bereits den russischen Sozialimperialismus zum Hauptfeind in Westdeutschland erklärt, weil die Gefahr sehr groß ist, daß er es in Zukunft tatsächlich werden kann; denn es ist auch eine andere Entwicklung möglich. Die ,,Rote Fahne" hat sich wohlweislich gehütet, auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Grußadresse unseres Zentralkomitees einzugehen. Das Zentralkomitee unserer Partei hat den einzig möglichen Ausweg aus dem Wirrwarr von Spekulationen gewiesen: Man muß die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Gleichzeitig mit der Feststellung, daß die Arbeiterklasse in der Regel die Monopolbourgeoisie als Hauptfeind bekämpfen muß, die ihr unmittelbar als herrschende Klasse gegenübertritt, hat das Zentralkomitee unserer Partei betont, daß der Hauptfeind der sozialistischen Revolution sehr wohl wechseln kann: ***,,Es gibt nur einen Weg, die Arbeiterklasse auf jede mögliche Entwicklung vorzubereiten. Die Kommunistische Partei muß die Arbeiterklasse im Geist des entschlossenen Kampfes für den Sieg der sozialistischen Revolution erziehen. Sie muß sie zum unversöhnlichen Kampf gegen jeden Feind der sozialistischen Revolution erziehen.***"

Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die Hauptkriegstreiber und größten Feinde der deutschen Nation

Die beiden imperialistischen Supermächte sind gegenwärtig die Hauptkriegstreiber. Von ihrem Kampf um die Weltherrschaft droht ein neuer imperialistischer Weltkrieg. Dabei ist der russische Sozialimperialismus die aufstrebende, aggressivere der beiden Supermächte, die besonders auf eine Neuaufteilung der Welt drängt. Der US-Imperialismus ist aber keineswegs weniger gefährlich. Er bereitet sich ebenfalls darauf vor, im Kampf um die Weltherrschaft die Welt in einen neuen imperialistischen Krieg zu stürzen. Die beiden Supermächte sind gleichzeitig die größten Feinde der nationalen Interessen unseres Volkes. **Das deutsche Volk muß sich deshalb durch die Schaffung einer breiten nationalen Einheitsfront gegen die Hauptkriegstreiber und größten Feinde seiner nationalen Interessen in die internationale Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte einreihen. Die Einheitsfront muß sich in gleicher Weise gegen die beiden Supermächte richten.**

Innerhalb der Einheitsfront ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verwirklichen und eine Politik zu betreiben, die die Einheitsfront zum Hebel und zur Reserve der sozialistischen Revolution macht. Deshalb kämpft sie gegen jeden Versuch, Todfeinde der sozialistischen Revolution wie die westdeutsche Monopolbourgeoisie oder die neue Bourgeoisie der DDR in die Einheitsfront mit einzubeziehen. **Die Einheitsfront muß sich direkt gegen den westdeutschen Imperialismus und die neue Bourgeoisie in der DDR richten, die die nationalen Interessen unseres Volkes verraten und mit Füßen treten.**

Opportunismus und Spaltertätigkeit haben keine Chance

Die Polemik der ,,Roten Fahne" gegen die Grußadresse des Zentralkomitees unserer Partei zum neuen Jahr stellt nicht nur wegen der darin geäußerten opportunistischen Auffassung, sondern auch wegen ihrer provokatorischen und spalterischen Machart einen schweren Rückschlag für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten dar. Insofern bewegt sich der Artikel der ,,Roten Fahne" voll und ganz in den durch die Broschüre *,,Kritik an der politischen Linie der KPD/ML"* vorgezeichneten Bahnen. Zwei Beispiele sollen die Unehrlichkeit des RF-Artikels dokumentieren. So stellte das Zentralkomitee unserer Partei fest: ***,,Die russischen Sozialimperialisten haben die Tatsache, daß der US-Imperialismus jahrelang in Indochina gebunden war, ausgenützt, um ihre Position in Europa zu stärken. Jetzt verstärkt der US-Imperialismus ebenfalls seine Stellungen in Europa.***" Daraus macht die ,,Rote Fahne": *,,Für sie ist der USA-Imperialismus in Europa auf dem Vormarsch.*" So erklärte das Zentralkomitee unserer Partei, die Anstrengungen unserer Partei im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus müßten noch verstärkt werden. Die ,,Rote Fahne" folgert daraus, daß unsere Partei den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben will.

Die ,,Rote Fahne" hat aufgerufen, die Grußadresse unseres Zentralkomitees als ,,negatives Schulungsmaterial genau und gründlich zu studieren". Ein gründliches Studieren kann nur nützlich sein. Aber das Ergebnis wird anders sein, als es sich die ,,Rote Fahne" vorstellt. Das gilt auch für die in der ,,Roten Fahne" angekündigten ,,öffentlichen Diskussionsveranstaltungen". Es wird sich zeigen, daß Opportunismus und Spaltertätigkeit keine Chance haben.

VERLAG ROTER MORGEN

Der Weg der Partei
DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK!

Der Weg der Partei
DER AUFBAU DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI IM KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

Der Weg der Partei
LINIE UND ENTWICKLUNG DER GRUPPE "ROTE FAHNE" (KPD) 1970 - 1975

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2000 Hamburg 11, Postfach 11 1649

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nordirland

Die Besatzer sind nirgendwo sicher

Die britischen Imperialisten haben in der vergangenen Woche sechshundert weitere Soldaten nach Nordirland geschickt, um den Befreiungskampf der nordirischen Patrioten zu unterdrücken. Den Vorwand für diese Aktion, die schon lange geplant war, aber immer wieder verschoben wurde, waren die Massaker und Morde konterrevolutionärer Banden, denen innerhalb kurzer Zeit Dutzende von nordirischen Werktätigen zum Opfer gefallen waren.

Die Schüsse auf die Arbeiter in Whitecross haben, ebenso wie die Schüsse auf mehrere Jugendliche kurz zuvor, mit der gerechten revolutionären Gewalt des Volkes gegen die britischen Besatzer und ihre Lakaien nichts zu tun. Es waren kaltblütige, konterrevolutionäre Mordtaten. Um ihre Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten, organisieren die britischen Besatzer schon seit langem konterrevolutionäre Banden der verschiedensten Art. Um Verwirrung zu stiften, erhalten einige dieser Banden auch den Namen ,,republikanisch" oder ,,revolutionär", während sie in Wirklichkeit Geschöpfe der britischen Imperialisten sind, die auch bei diesen schändlichen Verbrechen die Unterstützung der nordirischen reaktionären Kreise haben. Nichts Neues ist auch das Schüren religiöser Unterschiede, um das Volk zu spalten und den Befreiungskampf niederzuschlagen. Gerade jetzt erlebt diese Art der reaktionären Propaganda eine neue Hochblüte. Die britischen Imperialisten versuchen, die Mordtaten und den von ihnen selbst organisierten konterrevolutionären Terror den Patrioten in die Schuhe zu schieben und die erneute Entsendung von Truppen als ,,notwendige Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung" hinzustellen. **Das irische Volk weiß aber aus eigener Erfahrung, daß die Soldaten der britischen Imperialisten keine Beschützer des Volkes, sondern seine Unterdrücker sind. Das irische Volk haßt seine Unterdrücker und hat schon immer mit der Waffe in der Hand für seine nationale Befreiung vom Joch des britischen Imperialismus gekämpft.** 1922 haben die britischen Imperialisten Irland geteilt, und heute haben sie 21 600 Soldaten in Nordirland stationiert, um ihre Kolonialherrschaft und die Spaltung der irischen Nation zu verewigen. In der Provinz Armagh, in der der Befreiungskampf große Ausmaße angenommen hat, kommt auf sechs Einwohner ein Soldat der Besatzer. Die nordirischen Faschisten, mit deren Anführer Paisley sich der britische Nordirlandminister Rees gerade getroffen hat, um ihre Aktionen zu koordinieren, haben in aller Offenheit den wirklichen Grund für die Verstärkung der Besatzerarmee genannt: ,,*die Patrioten mit voller militärischer Kraft auszuradieren.*" Gewalt und Terror sollen den Kampf des irischen Volkes für seine nationale Befreiung unterdrücken.

Aber ungeachtet der Gewalt und des Terrors erringen die patriotischen Kräfte im Kampf gegen die englischen Kolonialherren und die einheimischen Reaktionäre immer neue militärische und politische Erfolge. Die britischen Soldaten sind nirgendwo sicher, überall werden sie angegriffen. In helle Panik wurden sie versetzt, als am 29. Dezember ein ganzer Zug mit britischen Soldaten in die Luft flog. Eine Übersicht über die Aktionen nur einiger Tage im November zeigt, daß die nordirischen Patrioten in dieser Zeit 74 Angriffe unternahmen, dabei zahlreiche englische Besatzer und Verräter liquidierten und den Feinden große materielle Verluste zufügten. In der Provinz Armagh, die ein Zentrum des nationalen Befreiungskampfes ist, gelingt es den britischen Imperialisten trotz der großen Konzentration ihrer Truppen nicht, den Befreiungskampf zu unterdrücken, er weitet sich im Gegenteil immer mehr aus.

Gerade in diesem kritischen Augenblick für die britischen Imperialisten, geben ihnen die modernen Revisionisten verstärkte Schützenhilfe, indem sie versuchen, den Kampf des irischen Volkes von innen her zu sabotieren und zu verraten. Die irische revisionistische Partei, deren Generalsekretär der ,,UZ" ein Exklusivinterview gegeben hat, verurteilt direkt die revolutionäre Gewalt und stellt sie auf eine Stufe mit dem konterrevolutionären Terror der Imperialisten. Die Aktionen der irischen Patrioten, so behaupten sie, gefährden eine ,,politische Lösung" des ,,nordirischen Problems". Sie verschweigen aber, daß das ganze ,,Problem" darin besteht, daß die englischen Besatzertruppen sofort und bedingungslos aus Nordirland abgezogen werden und die britische Kolonialherrschaft beendet wird. **Pazifismus und Gewaltlosigkeit zu predigen bedeutet aber nichts anderes als dafür zu kämpfen, die britische Kolonialherrschaft zu verewigen und dem Kampf für die nationale Befreiung in den Rücken zu fallen. Das gleiche tun auch die englischen Revisionisten, die ebenfalls die Anwesenheit der britischen Besatzer in Nordirland verteidigen und den marxistisch-leninistischen Grundsatz, daß eine Nation, die eine andere unterdrückt, niemals frei sein kann, vollständig verraten haben und den Imperialismus verteidigen.**

Gemäß diesem Grundsatz kämpft die KP Britanniens/ML als einzige englische Partei für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Besatzertruppen.

Die nordirischen Patrioten sind entschlossen, den Kampf gegen die britischen Kolonialherren und die einheimischen Reaktionäre weiterzuführen und zu verstärken. Gerade die Massaker und Morde der letzten Zeit haben, ebenso wie die erneute Verstärkung der Besatzertruppen, gezeigt, daß das einzige Mittel, um den Feind zu besiegen und die nationale Befreiung zu erkämpfen, die revolutionäre Gewalt des Volkes ist.

Palästina

Vor 11 Jahren begann der bewaffnete Kampf

Am 1. Januar beging das palästinensische Volk feierlich den 11. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Vor 11 Jahren, in den ersten Januartagen 1965, war es eine kleine Kommandoeinheit, die den Kampf mit der Waffe in der Hand gegen die israelischen Zionisten für die Befreiung ihres Heimatlandes Palästina aufnahm. Seitdem hat der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes einen immer stärkeren Aufschwung genommen und große Erfolge sind in diesem Kampf bereits gegen den Feind erzielt worden. Immer besser versteht das palästinensische Volk, daß sein Weg zur Befreiung nur zum ersehnten Ziel führen kann, wenn das faschistische und rassistische zionistische Besatzerregime gewaltsam zerschlagen wird.

Wie verlogen die Propaganda der russischen Sozialimperialisten ist, daß das palästinensische Volk sein Heil am Verhandlungstisch erhandeln könne, beweist das Vorgehen der israelischen Zionisten Tag für Tag in aller Offenheit. Sie machen gar kein Hehl daraus, daß sie nicht im geringsten und niemals bereit sein werden, ihre gewaltsame Besetzung Palästinas aufzugeben und ihre Gewaltherrschaft zu beenden. Der ehemalige zionistische Kriegsminister Dajan erklärte in diesen Tagen unverhüllt noch einmal, daß die israelischen Zionisten eher einen neuen Aggressionskrieg führen würden, als einen palästinensischen Staat zuzulassen. Und soweit sie bisweilen davon sprechen, den Palästinensern Rechte einzuräumen, haben sie im Auge, vielleicht einen kleinen Landstrich dem Millionenvolk zurückzugeben, und selbst dies zu knechtenden Bedingungen. Warum aber, wenn ein Dieb einem das ganze Hab und Gut raubt, soll man sich bei seiner Verfolgung mit einer Art Almosen zufrieden geben und ihm sogar noch versichern, daß man ihm im übrigen freie Hand ließe? Es ist im Gegenteil das Recht und die Pflicht des palästinensischen Volkes, die Räuber niederzuschlagen, das Geraubte sich voll und ganz zurückzuholen und den Räuber unschädlich zu machen.

Das Jahr 1975, das den palästinensischen Partisanen in ihrem Kampf gegen die israelischen Aggresoren große Erfolge brachte, hat gerade gezeigt, daß Verhandlungsergebnisse nicht an irgendwelchen Tischen in Genf oder sonstwo, sondern letztlich auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Über 411 militärische Operationen führten die Partisanen im letzten Jahr in verschiedenen Teilen des besetzten Palästina durch und versetzten den israelischen Besatzungskräften sehr schwere Schläge. Durch die ständigen Niederlagen wild geworden, verstärkten die Tel Aviver Faschisten ihre Unterdrückungskampagne und verhafteten zahlreiche Palästinenser und weitere Araber. Doch diese Unterdrückung hat die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes in seinem gerechten Kampf für die Befreiung des Vaterlandes noch mehr bestärkt. In vielen besetzten Gebieten führten die arabischen Einwohner machtvolle Streiks und Demonstrationen gegen die vom faschistischen Tel Aviver Regime betriebene Annexionspolitik durch.

Auch in diesem Jahr wird das palästinensische Volk seinen Kampf weiter verstärken. Wie die Nachrichtenagentur Wafa mitteilte, hat Yassir Arafat, Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO, in seiner Botschaft an das palästinensische Volk zum 11. Jahrestag seines bewaffneten Kampfes aufgerufen, zu noch größeren Opfern bereit zu sein, um die bisherigen Erfolge zu verteidigen und im Kampf gegen die israelischen Aggressoren neue Siege zu erringen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Chile: 100 000 Siedler im Kampf

In Chile haben die faschistischen Generale, die Lakaien des amerikanischen Imperialismus, das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise gestürzt. Mit jedem Tag verschlechtert sich die elende Lage des Volkes noch mehr. In den Städten drängen sich Hunderttausende von Menschen in den Slums. Das Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, ,,El Pueblo", berichtet in seiner Ausgabe vom September 1975 über den Kampf der Bewohner der Slums in Nunoa. ,,El Pueblo" schreibt:

,,Hunderttausende ‚Siedler' der Gemeinde Nunoa (in Santiago de Chile), die in 53 ‚Lagern' und ‚Durchgangslagern' leben, setzen der reaktionären Politik der faschistischen Militärjunta Widerstand entgegen. Sie weigerten sich, die Rechnungen für Strom und Trinkwasser zu zahlen und gaben so das Startsignal zu einer machtvollen Widerstandsbewegung, die in den Reihen der Oligarchie (kleinen, herrschenden Clique — RM) Panik hervorgerufen hat. ‚El Mercurio' das offizielle Sprachrohr der Reaktion war gezwungen, diese Tatsachen zuzugeben und beschwerte sich am 24. Oktober bitter darüber. Er brachte Meldungen über einen ‚massiven Widerstand' der Siedler und berichtete, daß die Schulden in den 53 Lagern bereits eine Höhe von einer Million Pesos erreicht haben. Arturo Trincado, stellvertretender Chef des Kommunalen Organisationsbüros von Nunoa sagte, daß ‚die Siedler eine marxistische Mentalität' haben." ,,El Pueblo" berichtet weiter, daß sich schließlich sogar der faschistische Innenminister gezwungen sah, alle Bürgermeister von Santiago de Chile zu versammeln, um mit ihnen und den Vertretern der Elektrizitätswerke Chilectra zu beraten, wie der Widerstand niedergeschlagen werden kann. Da es in Santiago de Chile insgesamt 442 solcher Lager wie in Nunoa gibt und die Lage der Menschen in allen diesen Lagern verzweifelt ist, kam die Versammlung allerdings überein, nicht direkt einzugreifen, um die Ausweitung des Kampfes zu verhindern. Sie beschlossen vielmehr , ,,nach einer anderen Lösung" zu suchen.

,,Es braucht nicht viel Phantasie", schreibt ,,El Pueblo" weiter, ,,sich vorzustellen, daß diese ‚andere Lösung' nichts anderes sein wird, als der Versuch, die mächtige Bewegung mit Gewalt und Spaltung zu zerschlagen.

Voller Furcht erklärte Benavides, hinter den Ereignissen stünden ‚politische Aktivitäten, die im ‚Untergrund gegen die Regierung kämpfen'. Der Bürgermeister von Nunoa seinerseits beklagte sich, die Steuereinnehmer dieser Gegend müßten sich ‚**mit jeder Familie abplagen, sie werden beschimpft, und, was noch schlimmer ist, gezwungen, sich unter einem Steinhagel zu entfernen, wenn sie auf ihren Pflichten bestehen.**' Die Empörung der Siedler ist so groß, daß die Kassierer der Chilectra und der Trinkwassergebühren nicht mehr wagen, in den Lagern aufzutauchen. Die Militärs haben angeordnet, daß an ihrer Stelle ‚Gelbe' (Polizei — RM), die sie selbst ernannt haben, diese Aufgabe durchführen, mit den bekannten Konsequenzen.

Hinter diesen konkreten Tatsachen verbirgt sich eine andere Sache, die Wurzel des ganzen Problems: die brutale Wirtschaftspolitik der faschistischen Junta hat mit ihren ungesunden Preissteigerungen, ihrer massiven Arbeitslosigkeit, mit der Senkung des Lohnniveaus und dem Raub aller sozialen Sicherheit in den Lagern und unter der ganzen Bevölkerung das Gespenst des Hungers und der Not geweckt. **In den Ghettos kämpfen Tausende unserer Landsleute allein ums Überleben. Vom Hunger geschwächt, vom Tode bedroht, überwindet das chilenische Volk die Schwierigkeiten im Kampf. Es weiß sehr wohl, daß seine Schwierigkeiten nicht durch himmlische Wunder gelöst werden. Die einzige Lösung ist der Sturz der faschistischen Militärjunta.**

Das ist eine Aufgabe, die nicht nur einzelne Personen und isolierte Gruppen angeht, sondern das ganze Volk. Mit seinem Kampf und seinem massiven Widerstand, der alle möglichen Formen annimmt, wird es den heutigen Staat stürzen."

Neujahrsgruß von Radio Tirana

Liebe Genossen!

Radio Tirana möchte Euch zunächst zum neuen Jahr 1976 die flammendsten revolutionären Grüße und besten Glückwünsche übermitteln für immer größere Siege zum Wohl unserer gemeinsamen Sache, des Kampfes gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, für den Triumph der Revolution und des Sozialismus.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Explosion bei Blohm und Voss

Über 20 Kollegen getötet

Fortsetzung von Seite 1

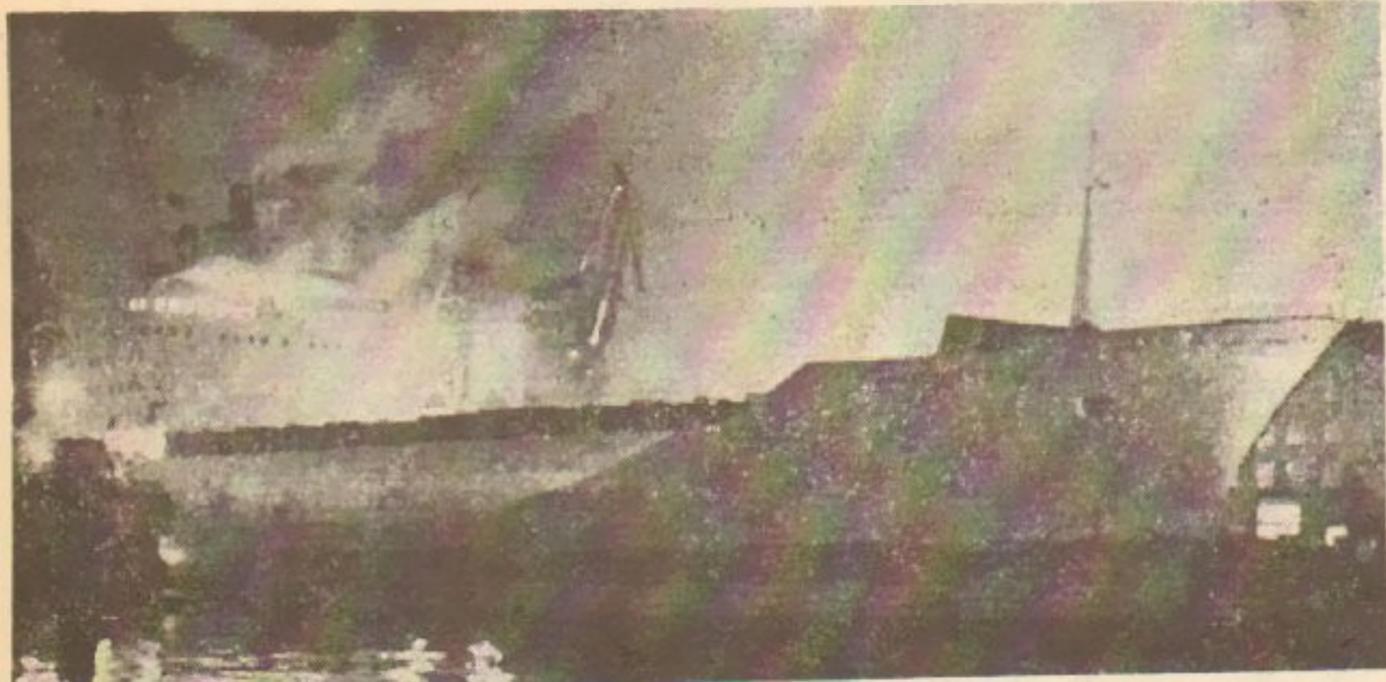
die Angewohnheit, zu explodieren. Ob ein Bedienungsfehler vorliege, könne man nicht sagen, da man mit den Betreffenden nicht mehr sprechen könne. Und das Vorstandsmitglied Bartel von Blohm und Voss einen Tag später im Radio: alle Sicherheitsvorschriften seien eingehalten worden. Die Arbeiter hätten auch nicht unter irgendeinem Druck gestanden, mit Höchsttempo zu arbeiten und das Schiff so schnell wie möglich fertigzustellen.

Das sind zynische Lügen, die die Blohm und Voss-Kapitalisten reinwaschen sollen, deren Profitgier, deren Streben nach immer höheren Profiten die Ursache dieses schrecklichen Unglücks ist. Jeder, der auf einer Werft arbeitet, weiß, daß in den Tagen vor der Probefahrt Tag und Nacht gearbeitet wird, damit, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und die Sicherheit der Kollegen, der Termin eingehalten wird. Die Arbeit auf den Werften, die auch sonst schon eine der härtesten und gefährlichsten ist, wird dann noch gefährlicher. In den letzten Tagen vor der Probefahrt kommen sogar die Meister aufs Schiff, um die Kollegen anzutreiben. Selbst die „Hamburger Morgenpost" mußte nach dem Unglück zugeben: „**Die Männer arbeiteten auch unter Druck.**" Und wie es mit dem Einhalten der Sicherheitsvorschriften ausgesehen hat, geht aus den Berichten der bürgerlichen Presse auch klipp und klar hervor. Während der Erprobung des Kessels, bei dem er unter überhöhtem Betriebsdruck gefahren wird, war der Kessel- und Turbinenraum nicht für andere Arbeiten gesperrt. **Die Morgenpost enthüllt, daß sogar gleichzeitig am Kessel geschweißt wurde! Das ist umso schwerwiegender, als schon bei den ersten Schiffen dieser Serie Schwierigkeiten an der Kesselanlage aufgetreten waren, die die Auslieferung der Schiffe um bis zu 3 Monate verzögert hatten. Angesichts dieser Tatsache kann man das Unglück in Hamburg nicht anders als Mord nennen.**

Die Werften sind ein besonders klares Beispiel für die kapitalistische Produktionsweise. Gerade jetzt in der Krise, in der sich die Konkurrenz unter den paar Trusts und Konzernen, die den Weltmarkt beherrschen, bis aufs Messer verschärft, verschärfen die Werftkapitalisten die Ausbeutung, steigern sie die Arbeitshetze und treiben die Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiter voran.

Pure Heuchelei ist es auch, wenn der Hamburger Oberbürgermeister Klose den Angehörigen der Opfer sein „tiefempfundenes Beileid" ausspricht. Wie sieht es denn mit den Einrichtungen für die Behandlung der verletzten Arbeiter aus? In Hamburg gibt es keine Spezialeinrichtungen für schwere Brandverletzungen, ein Hohn, da im Hafen und auf den Werften häufig Brandverletzungen vorkommen. Die verletzten Kollegen sind auf mehrere Krankenhäuser verteilt worden. Das Hafenkrankenhaus, das direkt gegenüber von Blohm und Voss liegt, ist für den Hafen sehr wichtig, da es am schnellsten zu erreichen ist. Es soll aber geschlossen werden. Schon jetzt sind mehrere Abteilungen stillgelegt. So mußten neun verletzte Kollegen in eine schon seit anderthalb Jahren stillgelegte Abteilung, die in aller Hast notdürftig eingerichtet wurde, gebracht werden. Auf Bildern kann man deutlich sehen, daß dabei die Bedingungen für die bei Brandverletzungen notwendige äußerste Sterilität, für die Einhaltung bestimmter Klimabedingungen, nicht vorhanden waren. **Die Behandlung der Kollegen unter diesen Bedingungen hat bestimmt einigen das Leben gekostet, die sonst hätten gerettet werden können. So sieht die „Fürsorge" des bürgerlichen Staates für die Werktätigen aus.**

Die Kapitalisten gehen für ihren Profit über Leichen. Erst wenn ihre Herrschaft in der proletarischen Revolution gestürzt ist, ist auch Schluß mit dem menschenfeindlichen System der Ausbeutung, ist Schluß mit den Opfern, die dieses System der Arbeiterklasse auferlegt.



Das Schiff im Hamburger Hafen, kurz nach der Explosion.

Belohnung für die Schalker Lügen

Die ersten Urteile im „Schalke-Prozeß" sind gesprochen worden. Die angeklagten Spieler wurden des Meineids für schuldig befunden, aber die Strafe, die gegen sie verhängt wurde, war milde: Wo sonst die Mindeststrafe ein Jahr Gefängnis beträgt, verhängten die Richter Geldstrafen zwischen 4200 und 9960 DM. Eine Lappalie für die Schalker Profis und erst recht eine Lappalie für ihre Vereine.

Ein Urteil allerdings auch, wie es nach dem ganzen Verlauf des Prozesses nicht anders zu erwarten war, in dem sich die Spieler erst nach 24 Verhandlungstagen bequemten, die Wahrheit zu gestehen, in dem die von Schalke engagierten Rechtsanwälte wie Winkeladvokaten mit allen möglichen Tricks versuchten, die Wahrheit zu verbergen, in dem der Richter mehrmals seine Sympathie für Schalke bekundete und sogar der Staatsanwalt zum Schluß für „mildernde Umstände" plädierte. Symbol der Kumpanei: Nach seinem Plädoyer wird der Staatsanwalt von der Verteidigung mit Blumen beschenkt.

In Bundesligakreisen ist das Urteil selbstverständlich mit Wohlwollen aufgenommen worden. Peter Maaßen, ebenfalls der Bestechung überführt und deswegen zeitweilig gesperrt, heute „Ehrenpräsident" von Rot-Weiß Oberhausen, meinte schon vor der Urteilsverkündung, „im Sinne des Sports" sei es gut, „daß die Sache endlich abgeschlossen ist". Die Präsidenten anderer Vereine waren ähnlich erleichtert. Kein Wunder, denn wer von ihnen hat nicht etwas zu verbergen? Wie klein z. B. ist allein die Zahl der Vereine, die nichts mit dem Bundesligaskandal zu tun hatten und in wieviel Vereinen sind nicht die Betrüger von einst heute die großen Stars, die das große Geld in die Kassen bringen — wie z. B. Varga in Dortmund?

In der Fußballbundesliga regiert der Profit, und das Geschäft steht an oberster Stelle. Nicht die Gesetze des Sports, sondern die Gesetze des Kapitalismus, von denen eines heißt, entweder selbst zu betrügen oder betrogen zu werden, gelten hier. Nehmen wir z. B. Siebert, den Schalker Vorsitzenden. Alle waren sie mit dabei, aber er, der sich sonst immer rühmt, alles zu wissen, was die Mannschaft betrifft, soll ausgerechnet damals nichts gewußt haben?

Bei den meisten Werktätigen allerdings ist das Urteil auf große Empörung gestoßen. In Gelsenkirchen sagten viele einfache Menschen: „Wenn ich so vor Gericht gelogen hätte, säße ich jetzt im Gefängnis." In der Tat. Es sind nicht nur die politischen Prozesse, wo sich klar zeigt, daß die angeblich unabhängigen Gerichte in Wirklichkeit nicht Recht im Namen des Volkes, sondern der herrschenden bürgerlichen Klasse sprechen.

NATO plant "verbrannte Erde"

„NATO befiehl, wir folgen . . .", in diesem Sinn entschied das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin in einem Urteil gegen die Stadt Mannheim, daß der Einbau von Sprengkammern in die Neckarbrücken der Stadt „rechtens" sei.

Angeblich soll die Verminung der Brücken auf Befehl der NATO der Verteidigung unseres Landes und dem Schutz des Volkes dienen. In Wirklichkeit ist sie Bestandteil der Vorbereitungen für einen neuen imperialistischen Krieg, in den die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, die Welt stürzen wollen. Genauer gesagt, die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten, die westdeutschen Imperialisten, haben noch nie den Schutz und die Verteidigung des Volkes im Auge gehabt. Im Gegenteil. Für uns haben sie die verbrecherische „Strategie der verbrannten Erde" vorgesehen. Der inzwischen abgehalfterte amerikanische Kriegsminister Schlesinger hat das ja auch erst vor kurzem unter dem Beifall seines westdeutschen Amtskollegen Leber offen erklärt, als er mit dem Abwurf von Atombomben über der Bundesrepublik im „Ernstfall" drohte. Nicht umsonst ist schon seit vielen Jahren ein 75 km breiter Streifen an der Grenze zur DDR zur „toten Zone" deklariert. Welche Absichten tatsächlich hinter der Verminung der Brücken stehen, zeigt ein verbrecherischer Plan, den die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten schon in den fünfziger Jahren beschlossen haben. Die Verminung des Rheinufers am Fuß des Loreleifelsens, um den Rhein zuzusprengen, aufzustauen, den Stau wieder zu beseitigen und das ganze untere Rheintal von einer Flutwelle überrollen zu lassen.



Sprengkammern in der Rheinuferstraße am Fuße des Loreley-Felsens.

Das sind die Pläne der westdeutschen und der amerikanischen Imperialisten. Sie zeigen klar, daß beide erbitterte Feinde des deutschen Volkes sind, denen man weder vertrauen darf und auf die man sich auch nicht stützen kann im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, die durch die Rivalität der beiden Supermächte hervorgerufen wird.

Kirchenmissionen

Subversion in Afrika

Vor kurzem schickten uns Genossen einen Rundbrief der katholischen „Salvatormissionen" zu, der ein bezeichnendes Licht auf die konterrevolutionäre, volksfeindliche Tätigkeit des Vatikans gegen den Befreiungskampf der Völker wirft.

In dem Rundbrief wird hauptsächlich über die Missionsarbeit in Afrika und besonders in Zaire berichtet, allerdings gibt es in diesem Jahr auch „unangenehme und betrübliche Ereignisse", wie bedauernd festgestellt wird. „Staatspräsident Mobutu", schreibt „Bruder" Oskar Kotter, „betätigt sich immer mehr in christentumfeindlichen Äußerungen und Anordnungen". Er hat sogar „Weihnachten als Festtag" abgeschafft. Wütend hetzt der „Bruder" weiter, daß daran wohl der Besuch Mobutus in der VR China schuld sei. Aber was den Pater und seine christlichen Freunde so in Rage bringt, ist nicht schlecht, sondern gut für das Volk von Zaire. Nach wie vor bleiben die vom Vatikan gesteuerten christlichen katholischen Missionen Zentren der imperialistischen Spionage, der Subversion sowie der politischen und ideologischen Unterdrückung der Völker der 3. Welt. Besonders die Völker Afrikas haben aus ihrer eigenen Geschichte erfahren, daß den christlichen Missionaren die kolonialen Besatzer und imperialistischen Unterdrücker auf dem Fuße folgten. Die Pfaffen segneten die Gewehre der imperialistischen Unterdrücker, während sie zu den Völkern über „Liebe zu den Menschen" predigten und die Gewehre verdammten, zu denen die Unterdrückten griffen, um sich zu befreien.

Die Missionsstationen des Vatikan sind in vielen Ländern errichtet. Sie sind konterrevolutionäre, gegen den Befreiungskampf gerichtete Zentren. Nach der Befreiung Mosambiks z.B. zettelten Priester der Missionsgebiete Sabotageakte an und versuchten, die Bevölkerung aufzuwiegeln. Vor kurzem erst wurde in den USA aufgedeckt, daß der US-imperialistische Geheimdienst CIA fast 90% aller Missionsschulen in den USA kontrolliert.

Es ist völlig berechtigt, wenn die Völker der konterrevolutionären Tätigkeit der vatikanischen Missionen einen Riegel vorschieben.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Das Abonnement hat eine Laufzeit von einem Jahr und kostet 30,-- DM. Es verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen Geschenkabonnements). Die Gebühren sind im voraus zu zahlen. Bestellung oder Anforderung von Probeexemplaren an:

Verlag G. Schubert

Postfach 30 05 26

46 Dortmund 30

Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 321 004 313, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06—466

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW, Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-FR 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

WESTBERLIN

Zu Ehren des Genossen Tschou En-lai, 25. 1. 1976, 18.00 Uhr, Schöneberger Brauhaus-Saal, Meraner Str. / Badensche Str.

FREIBURG

Gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz, 30. 1. 1976, Vauen / Haßlach, 19.30 Uhr.

Albanien heute

Politisch-informative Zeitschrift, erscheint zweimonatlich in Tirana.

Nr. 6/75 soeben erschienen

Diese Nummer enthält Auszüge aus dem 19. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha in deutscher Sprache.

Albanien heute



Einzelheft 2,-- DM

Abonnement für 1 Jahr 12,-- DM

Zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2000 Hamburg 11, Postf. 11 16 49